

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Druck und Verlag von
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht“
A. Gerisch & Co., Bielefeld

20. Jahrg.

Die „*Reuzzeitung*“, welche allerdings keine besonders gute Nahrung mit den tonangebenden Führern der konservativen Partei hat, scheint die Empfindung zu haben, als ob das Anbieten Nichtsdenks ans Centrum in demselben Augenblick, in dem es dieses für eine weitgehende Wahlrechtsreform in Preußen eintritt, ein wenig blamabel für die konservative Partei wäre. Es vermag ich daher mit dem heute so sehr beliebten Mittel einer Interpretation der Rede:

Der konservative Redner hat hier nicht auf ein unmöglich politisches Bündnis mit dem heutigen Centrum angespielt, auch nicht auf den Vlod im Reichstage, sondern er sprach von den christlichen Fundamenten des Staats, die gegenüber den kulturkämpferischen Bestrebungen geschützt werden müssen. Seine Worte galten dem konfessionellen Frieden. Es möchte

Den Liberalen willkommen sein, wenn die Konfessionslosen als erste dem Bode den Rücken kehren würden. Aber wir werden den Liberalen hierbei den Vortritt nicht streitig machen. Darauf antwortet die „Kölnische Volkszeitung“:

Dadurch täuscht man uns nicht. Garst man, wir wüssten nicht mehr, was die „Ausgestaltung“ des Zentrums bewirkt hat? Wir dachten nicht mehr an die Wählbarkeit des Evangelischen Bundes, an den furor protestanticus, den auch konfessionale Kandidaten zu verspüren hatten? Und wenn die „Kreuzzeitung“ jetzt so großen Abscheu davor zu erkennen gibt, daß die Konfessionslosen „als erste“ dem Bode den Rücken kehren sollten, so bestätigt sie damit nur, was wir immer gesagt haben: daß nämlich jene Vorkommnisse, zu welcher der furor protestanticus den Hauptanteil beisteuert, noch keineswegs erledigt ist; sie ist es, die die Konfessionslosen fürchten. Niemand will der erste sein, der den Bode verläßt, denn sonst kämen die Abscheulichen und der Evangelische Bund über ihn! Das Zentrum lebt nicht in Illusionen und wird durch einige Redensarten nicht aus dem Gleichgewicht gebracht.

Diest sich das nicht wie der Streit zwischen zwei schwimmenden Viehesellen? Gewiß, sie sind noch böse auf einander, sie haben den Weg zur Versöhnung noch nicht gefunden, aber es steht fest, sie werden ihn finden. Die Regierung nach einander ist gar zu langsam.

Diamanten-Monopol.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Allerhöchste Verordnung, welche bestimmt, daß die Förderung von Diamanten in Südwestsafrika ihre gesamte Förderung der vom Reichskolonialamt bezeichneten Behörde oder Person zwecks Vermittlung der Verwertung zu übergeben haben. Die Vermittlung erfolgt in der nach dem freien Ermessen der Kolonialverwaltung für die Förderung günstigen Weise. Der Erlös für die Diamanten wird den Berechtigten ausbezahlt. Für die Vertriebsvermittlung ist eine vom Reichskolonialamt festzusetzende Gebühr zu entrichten. Die Menge der zum Verkauf kommenden Diamanten soll, um einen Preisverlust zu verhüten, limitiert werden. — Die Förderung an sich wird nicht befristet, und die gesamten geförderten Steine müssen unter allen Umständen an das Verkaufamt abgeliefert werden. — Die in Frage kommenden Interessenten haben bereits die Gründung einer Gesellschaft ins Auge gefaßt, die die Rolle des Verkaufsamtes übernehmen soll. Teilhaber der Gesellschaft sind eine Anzahl deutscher Großhändler. Man hofft, die Limitierung durch eine Gebühr von 150 Mark pro Karat beschränken zu können. In Berlin soll ein Diamantenmarkt gegründet werden.

Auf diese Weise sollen erreicht werden:

1. die Sicherstellung eines geordneten und soliden Bergbaues in den Diamantenfeldern;
2. Vermeidung eines unnützen Preisbruchs und eine Entwertung der Diamanten;
3. die Verteilung des Risikos an dem Ertrag;
4. die Erschließung der im Sperrgebiet noch vorhandenen Diamantenfelder durch deutsches Kapital;
5. die Vereinigung sämtlicher Interessenten zum Zwecke gemeinsamer Arbeit;
6. die Verhinderung von Schmuggel und Diebstahl;
7. die Belebung der deutschen Schleiferei.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 30. Januar.

— Zur Schenkungssteuer-Ordnung für die Stadt Bielefeld. Von der Bielefelder Witwenvereinsung geht uns folgendes zu: Die am Dienstag, 26. Januar d. J., in Memes Theateraal abgehaltene Versammlung der Witwenvereinsung haben nach eingehender Besprechung der vom Magistrat den Stadtverordneten zur Annahme vorgelegten Schenkungssteuer-Ordnung einstimmig folgende Resolution an:

„Wir erheben gegen die geplante Schenkungssteuer in der den Stadtverordneten vorgelegten Fassung als einer Sonderbesteuerung unsern ablehnenden Protest und bitten die Stadtverordneten, die Gründe für unsere Stellungnahme in einer Eingabe einem jeden der Herren Stadtverordneten zugehen lassen.“

Gründe:

Es ist ganz entschieden zu bestritten, daß die Schenkungssteuer im Interesse einer gerechten Besteuerung durchzuführen ist. Die Steuer ist schon deshalb ungerecht, weil sie eine Sonderbesteuerung eines einzelnen Gewerbes darstellt, sodaß ein einzelnes Gewerbe, welches durch besondere Abgaben, wie Betriebssteuer und eine stärkere Heranziehung zu Grund- und Gebäudesteuer — 4 Prozent vom Nutzungswert statt 2 Prozent wie die anderen Besitzer — schon wesentlich höher belastet ist, wie jedes andere. Dazu kommt noch, daß uns durch die in der Reichsfinanzreform-Vorlage vorgesehene Erhöhung der Brauereisteuer weitere Kosten auferlegt werden: denn die Brauereien werden sich an den Meistpreis von ihnen abhängigen Wirtenshablos halten und den Meistpreis erhöhen, während eine Abwälzung auf das Publikum nicht möglich sein wird.

Der erwartete finanzielle Effekt dürfte zudem kaum eintreten, da nach Inkrafttreten der Steuer der Verkauf einer Wirtschaft kaum noch möglich ist, weil durch Umsatzsteuer, Wertzuwachssteuer, Stempelgebühren, Vermittlungsgebühren und die neue Schenkungssteuer die Abzahlung vollständig absorbiert und für den Verkäufer nichts davon übrig bleiben würde. Als Folge davon ist ein Minderertrag an Umsatz- und Wertzuwachssteuern zu erwarten, was im Interesse der städtischen Finanzen wohl zu berücksichtigen ist.

In sozialer Beziehung muß noch darauf hingewiesen werden, daß die Brauereien, welche manche Wirtschaft erwerben müssen, solche für die Folge nur durch Kaskellane führen lassen werden, was ganz und gar nicht mindernswert erscheint.

Wenn in der Begründung der Vorlage weiter gesagt wird, daß die Steuer dem Konfessionshandel Einfachheit tun solle, so betonen wir dazu, daß gerade die Witwenvereinsung Gegner des konfessionellen Handels mit Konfessionen sind und im übrigen ein solcher Handel doch immer nur dadurch möglich wurde, daß die zuständigen Behörden die betreffenden Konfessionsübertragungen genehmigten.

Da schließlich dem Stadtrat demnach, einerseits durch die Wertzuwachssteuer, andererseits durch die im Jahre 1910 im Stadt treibende Neuanlage zur Grund- und Gebäudesteuer erhebliche Mehreinnahmen zufließen werden, so erscheint es angebracht, zunächst den Effekt dieser Steuern abzuwarten, ehe man eine neue, einen einzelnen Stand schwer belastende Steuer einführt.

Der jedoch zur Einfachheit ausgelegte Entwurf eines Haushaltsplanes der Stadt Bielefeld für das Jahr 1909 beweist aber zur Evidenz, daß die Einführung einer neuen Steuer durchaus nicht nötig ist. In den Vorjahren ist stets ein Teil der Ueberschüsse in die Einnahmen eingestellt — so 1908 80 000 M., 1907 182 000 M. —. Diesmal ist das nicht geschehen, und trotzdem ergeben sich noch 79 000 M. für die Erhöhung der Beamtengehälter, ohne daß die Steuerzufolge erhöht zu werden brauchen. Statt nun ein obdachlos schwer um seine Existenz ringendes Gewerbe noch mit einer neuen Abgabe zu belasten, sollte man gerechterweise 30 000 M. aus den Vorjahren der Vorjahre nehmen und der Haushaltsplan balanciert auch.

Sollte trotz dieser unter prinzipiellen Bedenken, die gewiß die allergrößte Würdigung verdienen, die Konfessionssteuer die Genehmigung der Stadtverordneten finden, so haben wir an der vorliegenden Fassung folgende Ausstellungen zu machen, deren Berechtigung jeder gewiß zugestehen muß.

Es ist nicht recht ersichtlich, weshalb in der Vorlage Gastwirtschaften und Schenkwirtschaften auseinandergehalten werden und erstere niedriger besteuert werden sollen, da diese fast alle den Bier- und Schnapsverkauf über die Straße betreiben.

Der wundeste Punkt der ganzen Vorlage ist der 20. § 2. Die hier vorgeschlagenen Sätze von 20 Proz. bzw. 10 Proz. des Konfessionswertes als Steuer erscheinen viel zu hoch gegenüber denjenigen, die für Neuerteilungen angelegt sind. Fast sämtliche in Bielefeld bestehenden Konfessionen befinden sich nicht mehr in

erster Hand, und die jetzigen Besitzer haben dieselben beim Erwerb der Wirtschaften bereits teuer bezahlt. In vielen Fällen würde die Steuer für alte Konfessionen höher werden als die für Neuerteilungen. Zudem würde bei einem Verlaufe zweifelsohne der Käufer die Steuer vom dem Preis, den er für die Konfession zahlen will, abziehen und dadurch die Steuer auf den Verkäufer abwälzen. Dieser, der seinerzeit den vollen Wert der Konfession bezahlt hat, bekommt dann nach Abzug der 20 Proz. Steuer nur 80 Prozent der von ihm gezahlten Summe zurück. Das ist doch eine große Unberechtigung.

Dazu kommt, daß die meisten Wirtschaften stark mit Hypotheken belastet sind. Bei einem Verlaufe würde, wie schon oben angeführt, die Abzahlung durch die Abgaben als Umsatzsteuer, Stempelsteuer, Wertzuwachssteuer, Vermittlungsgebühr und Konfessionssteuer, welche letztere leicht 4000 bis 10 000 M. ausmachen würde, vollständig verdrängen, so daß für den Verkäufer, der die Sache wegen Krankheit oder aus anderen Gründen verkaufen muß, kein bares Geld übrig bliebe und es ihm nicht möglich wäre, sich eine neue Existenz zu gründen.

Durchaus nicht vereinzelte kommt es auch vor, daß der Käufer sich zur Führung einer Wirtschaft nicht eignet, was nicht immer vorausgesetzt ist. Der Vorbesitzer ist dann gezwungen, die Wirtschaft wieder zu kaufen, um keine an letzter Stelle stehende Hypothek zu retten. In den meisten Fällen, die ihm in einem solchen Falle entstehen, soll er da noch eine hohe Steuer zahlen für eine Konfession, die er früher bereits bezahlt hat. Auch ist es nicht selten, daß ein Pächter sich nicht eignet und der Besitzer die Wirtschaft wieder übernehmen muß. Ist es nicht auch in diesem Falle wie in dem vorher angeführten ein himmelstreichendes Unrecht, von dem Besitzer zu den vielen Unannehmlichkeiten, die er so wie so schon hat, noch eine Steuer für eine bereits in seinem Besitz befindliche gewerbliche Konfession zu erheben? Die Qualität eines Pächters richtet sich nicht immer und nicht nur nach seinen Geldmitteln, sondern auch nach seinen persönlichen Eigenschaften. Wird nun die Steuer in der vorgeschlagenen Fassung eingeführt, so wird die Folge sein, daß mancher Besitzer gezwungen werden einen ungeeigneten Pächter erhält, um eine öftere Zahlung der Konfessionssteuer zu vermeiden. Alle diese Fälle weisen mit zwingender Notwendigkeit darauf hin, daß dieser Paragraph geändert und die Steuer ganzlich gänzlich gemindert werden müssen.

Paragraph 5 birgt den An zu vielen Scherereien und Unzulänglichkeiten in sich, da die Festsetzung des Mehrwerts äußerst schwierig ist. Die Folge dürfte aber auch sein, daß wegen der damit verbundenen Steuerlasten manche Verbesserung der Wirtschaften für die Zukunft unterbleibt, was im Interesse des Publikums sehr zu bedauern wäre.

Bedenkt man, daß der Paragraph 7. Soll in Fällen, in denen kein Sohn vorhanden ist, oder die Söhne sich für das Witwenverbe nicht eignen, bei dem Schwiegersohn keine Vereinerung von der Steuer befreit sein? Diese Frage ist zu erheben, um eine andere Fassung auch dieses Paragraphen unbedingt notwendig erscheinen zu lassen.

Bezüglich der Erhöhung des Wertes der Konfession für Zwecke der Schenkungssteuer müssen bestimmte Normen, vielleicht in Form einer Skizze festgelegt werden. Als unzulässig aber betrachten wir bei der Erhebung die Einziehung von Wirtens als Sachverständige.

Zum Schluß erheben wir auch hier wieder dringend die Forderung, bei Konfessionsübertragungen und Übertragung bereits bestehender Konfessionen Angehörige des Wirtensstandes als Sachverständige zu hören, wie dies bereits in anderen Städten, z. B. in Hannover, mit gutem Erfolg geschieht. Der Erfüllung dieser Forderung dürfte um so weniger Bedenken entgegenstehen, als der Oberpräsident der Provinz Westfalen seinerzeit dem Vorstehen der Westfälischen Bunde des Deutschen Gastwirtvereins die Zustimmung gegeben hat, daß er in diesem Sinne auf die ihm unterstellten Behörden einwirken solle.

Wir bitten ergebenst, die unsere Einwendungen einer wohlwollenden und eingehenden Prüfung zu unterziehen und erhoffen ein günstiges Resultat derselben.

— Der Haushaltsplan der Stadt Bielefeld für das Jahr 1909/10 schließt in Ausgaben und Einnahmen mit 3 912 703 M. ab. Von den Einnahmen werden 2 859 236 M. durch Steuern und Gebühren aufgebracht, also der bei weitem größte Teil. Die Einnahmen aus der Wertzuwachssteuer sind mit 20 000 M. und die aus der Schenkungssteuer mit 30 000 M. ??) angegeben. Der Prozentatz der Steuerzufolge zur Einkommensteuer soll für das kommende Jahr auch wieder auf 195 Prozent festgesetzt werden. Von der Grund- und Gebäudesteuer sollen wieder 210 Prozent erhoben werden. Der Haushaltsplan liegt im Zimmer 41 des Rathhauses (Rechnungsamt) zur Einsicht aus.

— Bauauschuss. In der gestrigen Sitzung wurde beschlossen, für das Teeren von Straßen im nächsten Jahre 5190 Mark einzusetzen, wobei 8 bis 10 Tg. Kosten auf das Quadratmeter kommen. Vorgelegt sind Teile der Lützenstraße, Delmühlenstraße, Schlenkerweg, Deringhauerstraße, Mittelstraße, Jungferstraße, Döbelstraße, Wittenstraße, Armbildstraße, Siegfriedstraße, Ellerstraße, Schmiedestraße, Sprengerstraße, Kurzstraße, Obniederstraße, Kellstraße, Armbildstraße, Friedrichstraße, Roßstraße, Meindersstraße, Lützenstraße, Wittenstraße, Meiersstraße, Seepferstraße, Kronenstraße, Blumenstraße, Auguststraße.

Termin wurde zugestimmt zum Erwerb von Grundstücken von Sonst und Wellmann zum Preise von 15 298 Mark, das Quadratmeter zu 1550 Mark, am Haller Wege. Dieser Grundenerwerb ermöglicht eine bessere Ausnutzung des der Stadt gehörigen Vollbrücker Grundstücks.

Endlich befaßte sich der Bauauschuss mit der Verlängerung der Friedhofstraße. Der Teil zwischen Zimmerstraße und Vollenbaderstraße soll auf Antrag der Herren Neßpfer, Harbort und Binde bis zum 1. August ausgebaut werden. Für die Regulierung des Teils zwischen Armbild- und Lützenstraße steht nur noch die Zustimmung eines Besitzers. Gegen diesen soll das Enteignungsverfahren eingeleitet werden.

— Freie Turnerschaft. Dem vom Vorstand herausgegebenen Geschäftsbericht entnehmen wir folgende, von einem ehrenreichen Aufwande zeugende Zahlen. Der Kassenbestand beträgt am Schluß des Geschäftsjahres 1006 M., gegen 307 M. am 1. 1. 08. — Der Verein zählt in sieben Abteilungen 377 Mitglieder. Das Gesamtvermögen an Geräten u. s. w. beträgt 7607 M. Es fanden im ganzen 83 Turnstunden statt, die durchschnittlich von 161 Turnern besucht waren. Obiges Zahlen geben ein deutliches Bild von der Arbeit, die für moderne Körpererziehung und Ausbildung geleistet worden ist.

Da in der kapitalistischen Gesellschaft der Beruf des einzelnen meist zu einer nur ganz einseitigen Betätigung seiner körperlichen Kräfte zwingt, so ist die Teilnahme an Turnen, die eine vielseitige körperliche Ausbildung gewährt, für den Arbeiter besonders notwendig. Angesichts dieser Tatsache sollte die Arbeiterschaft mehr wie bisher unsere Leistungen unterstützen und fördern. Vor allem aber der Jugend rufen wir zu: Werdet Turner! Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper.“

— Von der Handelskammer. Aus dem Bericht über die Sitzung der Handelskammer vom 26. Januar 1909 ist folgendes zu entnehmen:

Die Kammer beschließt, in einer an den Reichstag zu richtenden Eingabe sich gegen den Entwurf eines Arbeitskammergesetzes auszusprechen. Gegen die Einrichtung von Arbeiterkammern hat die Kammer dagegen keine Einwendungen zu erheben.

Dem Entwurf eines Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb stimmt die Kammer im großen und ganzen zu. Dem Reichstag wird eine eingehende Begutachtung des Entwurfs übermitteln.

Der Detailistenverein der Textilbranche für Bielefeld hat die Kammer ersucht, sich grundsätzlich gegen die Einführung von Rabattparaverbündigungen auszusprechen. Aus Anlaß dieses Antrages ist von der Kammer eine eingehende Erhebung in den Detailistenkreisen des Handelskammerbezirks veranlaßt worden. Da nach dem Ergebnis dieser Umfrage die

Ansichten der Detailisten im Handelskammerbezirk über den Wert der Rabattparaverbündigungen erheblich auseinandergehen, ist die Kammer nicht in der Lage, zu dieser Frage eine entscheidende Stellung einzunehmen.

Der Detailistenverein der Textilbranche für Bielefeld hat die Kammer ersucht, in einem abzugebenden Gutachten gegen die Gewährung von Sonderrabatten an Beamtenvereine Stellung zu nehmen. In Erledigung dieses Antrages äußert sich die Kammer zu der beregten Angelegenheit folgendermaßen: Die Gewährung von Sonderrabatten an Beamtenvereine seitens der Detailhändler ist im Interesse des Detailhandels zu verwerfen, weil durch diese Sonderrabatte die Konkurrenz der Beamtenvereine, unter welcher der Detailhandel schon an und für sich schwer zu leiden hat, noch verstärkt wird. Aus diesem Grunde vertritt auch die Gewährung von Sonderrabatten an Beamtenvereine gegen die Grundsätze lautmännlicher Pögalität, deren Beachtung ein Berufsgeheimnis dem anderen schuldig sein sollte.

— Friedhofskunst. In Fragen des Geschmades, in künstlerischen Dingen bemüht sich unsere Stadt zum Teil mit Erfolg, nicht hinter anderen Städten zurückzubleiben. Auf dem Gebiet der Friedhofskunst kann man das beim besten Willen nicht behaupten; da sind uns was die Anlage der Friedhöfe, was Grabanlage und Grabummauerung anbelangt, andere Städte weit voraus. Berühmt geworden ist seit langem der Friedhof in Hamburg-Ohlsdorf, auf dem Einzelgräber und Gräberfelder reich und unanfällig in Grün und Baumgruppen eingebettet sind. Im Süden hat München die Führung übernommen, seine neueren Stadtfriedhöfe sind vorbildlich und dem Stadtbauart Gräber, die sie anlegt, verdankt München einen neuen Anziehungspunkt, den Waldfriedhof, auf dem bühnliche Grabmale nicht geduldet werden und der in seiner Anlage schon voller Poesie ist. Wiesbaden zeichnet sich durch wirkliche Verbesserung auf dem Gebiet der Grabsteine und Grabdenkmäler aus und der Vorsteher der Wiesbadener Gesellschaft für bildende Kunst, Dr. von Grotmann, steht in Deutschland an der Spitze aller planmäßigen Reformarbeit zur Hebung der Friedhofskunst. Siner Anregung war auch die vorjährige Ausstellung für Friedhofskunst, die das Berliner Kunstgewerbemuseum in seinem Garten veranstaltete und die sich daran anschließende Gründung der „Verein für Friedhofskunst“ zu verdanken. Weisweil und schon waren die künstlerischen Friedhofsanlagen der großen Ausstellungen Dresden 1906 und München 1908; auch in Darmstadt sah man im verflochtenen Sommer eine Reihe von stimmungsvollen Grabanlagen angelegt. Selbst Provinzstädte wie W.-Glabach haben sich großzügige Friedhöfe geschaffen.

Gewiß, man ist nicht überall so weit. Aber das wäre für uns ein solcherer Trost, daß andere vielleicht noch schlechter sind als wir in ihren Friedhofsanlagen. Gut sieht's damit in Bielefeld nicht. Und doch hat unsere Stadt hervorragende schöne alte Friedhöfe voller Stimmung. Da ist der Friedhof am Jahnsplatz, der nicht nur etwa durch sein Alter schon geworden ist; da ist der wunderbar romantische jüdische Friedhof an der Esplanade (Volbrinker), da ist der alte Teil des Johannfriedhofes. Der neue ist ja landschaftlich hervorragend schön gelegen; da tut es doppelt weh, daß es so gemütsalt, so öde und leer wirkt.

Es soll auch hier besser werden. Es liegt nicht am Gelbe; denn teuer sind die jetzigen Anlagen und Steine auch; und es fehlt nicht an gutem Willen, denn jeder befaßt sich doch mit seiner Grabanlage das Beste und schließt sie mit Gefühlen der Liebe und Pietät. Aber Einsicht und Leitung in Fragen des Geschmades fehlt. Da ergreifen der Magistrat und der Gewerbeverein die Initiative für unsere Stadt. In ihrem Auftrag wird der Regierungsbaumeister Professor Franz Seod aus Berlin, der jenseit, der genannte Berliner Anstellung geleitet hat, einen Vortrag über „Friedhofskunst“ halten. Dieser findet, wie die Anzeigen ergeben lassen, am Mittwoch, den 3. Februar 1909, im Neuen Vereinsbau, Bahnhofstraße, statt. Er wird durch Vorführung von Lichtbildern unterstützt. Alle sind dazu eingeladen, Herren wie Damen. Der Eintritt ist frei.

— Die Benefize unserer Schauspieler am Stadt-Theater nehmen in nächster Woche ihren Anfang! Das bedeutet für die Theatergänger ungefähr so viel, als wenn im Herbst das Laub anfängt zu fallen; es ist die Mahnung an das Ende. Hans Freiden, unser ausgezeichnetster Oberregisseur und Charakter-Schauspieler, führt den Reigen der Benefizianten an. Er hat sich dazu das Eubermannsche Schauspiel „Stein unter Steinen“ ausgesucht. Untern Gelächel hat er damit nicht getroffen, aber zugestanden muß werden, daß der Jakob Wiegler eine überaus dankbare Rolle ist, die für ihn auch ausgezeichnet liegt. Wir wünschen ihm ein volles Gelingen.

— Stadttheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute geht „Alt-Heidelberg“ zu kleinen Preisen in Szene. Morgen (Sonntag) wird das Volksstück „Die Ehe vom Erlenhof“ gegeben. Die erfolgreiche Lustspiel-Modität „Die Tür ins Freie“ kommt Montag zum letztenmal zur Aufführung. Dienstag ist das Benefiz für den Oberregisseur und Charakterdarsteller Hans Freiden. Der beliebte Künstler hat die Rolle des Jakob Wiegler in Eubermanns Schauspiel „Stein unter Steinen“ für seinen Ehrenabend gewählt.

— Das vollbesetzte städtische Orchester veranstaltet am Sonntag, 31. Januar, nachmittags 4 Uhr, das 48. Abonnements-Konzert auf dem „Johannisberg“ der Schützengesellschaft, unter persönlicher Leitung seines Kapellmeisters Max Gabelien.

— Der Entomologische Verein Lepidoptera, der sich jetzt „Verein für Insektenkunde“ nennt, hält am Mittwoch, den 3. Febr., seine regelmäßige Sitzung im Vereinslokal ab.

— Polizeibericht. Da die Rentenverzeichnisse der Landesversicherungsanstalt Westfalen in Münster i. W. bei dem Brande des Verwaltungsgebäudes am 31. Dezember 1908 verbrannt sind, ist die Ausstellung neuer Verzeichnisse erforderlich. Die Invaliden- und Kranken-Rentenempfänger werden deshalb ersucht, bei der Regelanzeige ihrer Rentenverhältnisse am 1. Februar d. J. ihren Rentenanspruch (Rentenberechtigung) bei dem aufstehenden Polizeibericht vorzulegen.

Ein Fahrrad beschlagnahmt ohne Fahrerlaubnis mit der Fahrerlaubnis 1884. In der Tasche des Sattels befinden sich 1 Zettelfächer, 1 Schraubenschlüssel und 1 Luftpumpe. Diese Gegenstände tragen die Bezeichnung „Debel“. Da das Fahrrad als „Anlein“ nach gestohlen ist, wird der rechtmäßige Eigentümer ersucht, sich umgehend bei der Kriminalpolizei, Turnerstraße 1, zu melden.

Eingeleitet ist hiesige Polizeigefangnis wurden der Perjo an wegen Betrugs, 1 Person wegen Trunkenheit und grob- und einig. 28 Obdachlose erhielten Aufw. u. s. w.

Der Viehmarkt am 26. dieses Monats war mit acht Pferden, 82 Rindern und 1672 Schweinen besetzt. Es wurden bezahlt für Pferde 200 bis 400 Mark; für Rinder 150 bis 450 Mark; für 6 bis 8 Wochen alte Schweine 16 bis 20 Mark; für Stangen-Schweine 25 bis 45 Mark; für Schweine (Zuchtstiere) 50 bis 130 Mark. Der Handel war ziemlich gut.

Schwindel. Am 11. dieses Monats hat in Minden ein Unbekannter bei wohlhabenden Leuten unter Vorzeigung eines gefälschten Schreibens Geld erbeutet. In dem Schreiben ist der Name des in Minden wohnhaften Pastors Graue und der Polizeiverwaltung werden angegeben gewesen. Durch Vorzeigung des Schreibens, sowie durch sein sicheres und doch bezeichnendes Auftreten und seine Angabe, er sei durch Verletzung der linken Hand unvermögend in Not geraten, haben die Leute ihm Glauben geschenkt und Unterstützung gegeben. Da der Schwindler kurz nachdem von Minden verschwunden ist, so ist es nicht ausgeschlossen, daß er auch an anderen Orten denselben Trick versucht begw. führt. Beschreibung: Größe: 1,80 m bis 1,85 m; Gestalt: schlank; Gesicht: oval; gebogene Nase; Schnurrbart; linke Hand anscheinend steif oder lahm mit braunem Lederhandschuh überzogen; Vesteilung: dunkler Jodettanzug. Es wird vor diesem Schwindler gewarnt. Schändliche Mittelungen im Ermittlungsfalle nimmt die hiesige Kriminalpolizei entgegen.

196 Sitzung vom Freitag, den 27. d. M.

Am Bundesratssitzung: v. W. Auf der Tagesordnung steht die Sicherung der Freiheit und des Koalitionsrechts durch schwarze Listen und ab Staatssekretär v. Bethmann die Vorrede der Interpellation. Abg. Giesberts (Ztr.): angegeben werden, sowie Sperre des Kampfabstandes bei es sich mit schwarzen Listen, durch oder auf längere Zeit vom Arbeit. Diese Listen stehen in Arbeitsnachweis der Arbeitgeber den Arbeitern als schwere Empfehlung. Das darf nicht als Vergeltung und in der Metallindustrie von den gewerkschaftlichen Organen, daß auch Arbeiter auf strafbruch nicht in Frage kam menschlich sehr erklärlich. Der Vergeltung nur die Parole: Not fördert! Dieses System ist im durchgeführt.

Was ist nun zu tun, um machen, die mit einer gefunden sind? Wir bedürfen einer Vergeltung, damit sie über die Kapitalisten, anstatt einzeln zu fördern. Die schwarzen Listen der Vorchriften der Gewerbetrag Störder ihre Freizeitung. Die gegenwärtige Gesetzgebung schließt. Eine Abänderung der wagen. Solche Vereinbarung auch nach dem Empfinden der guten Sitten. Die Regierung Freiheit der Arbeit zu sichern. Arbeiter, sondern auch um die haupt eine Fortsetzung des Bruch denken, wenn man Arbeit des Kapitals beugen will? Die beinträchtigt, wie die Arbeiterverband wird im Ruhrgebiet verwaltungen pflichttrente Arbeit sie ihr Ehrgefühl unterdrücken daran, daß die Unzufriedenheit verlangen wir von der Gesetzgebung des Arbeitsmarktes und Schutz im Ztr.)

Staatssekretär v. Bethmann heutigen Rechtsprechung können verboten werden. Das Sperrrecht gegen den § 113 der G.-G. nimmt, weil dort nur von Mann ist. Im einzelnen Fall kann ichs etwa das Vergehen Schabenerfall verpflichtendes erblidet werden. Das System licher und sozialer Zustände, ob es sich gegen die Jugendricht. Urteile des Kontrakt, Lohn, sondern mitunter auch Ein wesentlicher Grund für den Verhältnis zwischen Unternehm westfälischen Industriebetrieb. paragraph) Daß die Unter der Arbeitskräfte zu schüben der Ausprägungen gelangen, rechts) Schließlich hat man beiter befristet, sondern auch gefest. Der Gesetzgeber kann unter Boykott und Streik le nehmer, sondern auch das m richtig) rechts.) Praktisch fr Gesetz notwendig ist. Ich bin wirksamsten vorgebeugt würde Begriff der guten Sitten so erfordern. Nämlich: die Auslischen Werten eines kleinen während dieser Zeit Sperrung großen Zettels als gegen die Ein Spezialgesetz würde sich maß so gut anpassen können, im § 826. Theoretisch müde b laufen neben den großen Vol so hypochondrisch mit der Gedan Durchführung gesetzgebend ist.

Der deutsche Durchschnit sagen, verurteilt den Kontrakt veranlassungen befindet. (Selb Unternehmer seine Maßnahmen den Unternehmer verachten, (Soz.) Aber er verlangt Ger des Verfahrrens, die er als b betrachtet. Vom dem Rechtmfrage erfahren, daß Arbeiter werden, wenn sie sich wieder worden. Ebenso soll die Cat teiligsten Beamten liegen. Dieser Bringzinen würde ich e sozialpolitische Wirkung der G schaden. Der Gesetzgeber so sondern nur auf gewisse Reg Die schwarzen Listen werden werden, wenn die Kampfororganisationen geworden sind sammentarbeit von Arbeitgeber (Wahlheim Block.)

Abg. Dr. Stresemann große Illustation der Arbe man sie unter falschen Verp aber wandert ein großer Teil Grund von einem Ort zum schwarze Listen zu bekämpfen wahr unparteiischer Prüfung zwischen Arbeitern und An glauben, wird geöffnige An fall bei den Nationalliberal

Abg. Dr. Wagner (kon schwarze Listen für bedenklich lung des Koalitionsrechts Interessen der Arbeitgeber

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 25.

Bielefeld, Sonnabend, 30. Januar 1909.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

196. Sitzung vom Freitag, den 29. Januar, 1 Uhr nachmittags.

Am Bundesratssitzung: v. Bethmann-Hollweg.
Auf der Tagesordnung steht die Zentrumsinterpellation, betr. Sicherung der Freiheit des Arbeitsvertrages und des Koalitionsrechts resp. die Beeinträchtigung durch „Schwarze Listen“ und ähnliches.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Giesberts (Ztr.): Schwarze Listen, die bei Streiks angegeben werden, sowie Sperrenverhängungen können als Ausfluß des Kampfstandpunktes betrachtet werden. Anders verhält es sich mit schwarzen Listen, durch welche die Betroffenen dauernd oder auf längere Zeit vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden sollen. Diese Listen stehen in engem Zusammenhang mit dem Arbeitsnachweis der Arbeitgeber. Und dieses System wird von den Arbeitern als schwere Beeinträchtigung der Freizügigkeit empfunden. Das darf nicht gebildet werden. Namentlich im Bergbau und in der Metallindustrie sind solche Listen üblich. Von den gewerkschaftlichen Organisationen ist mehrfach festgestellt worden, daß auch Arbeiter auf den Listen stehen, bei denen Kontraktbruch nicht in Frage kam. Der Kontraktbruch ist übrigens sehr selten. Denn von oben bis unten gilt im Bergbau nur die Parole: Kohlen fördern und wieder Kohlen fördern! Dieses System ist im Ruhrgebiet in abgeklärter Weise durchgeführt.

Was ist nun zu tun, um diesen Mißständen ein Ende zu machen, die mit einer gesunden sozialen Entwicklung unvereinbar sind? Wir bedürfen einer tüchtigen sozialen Schulung der Bergbeamten, damit sie über den Konflikt zwischen Arbeiter und Kapital stehen, anstatt einseitig die Unternehmerinteressen zu fördern. Die schwarzen Listen sind eine offensichtliche Umgehung der Vorschriften der Gewerbeordnung. Schon 1905 hat ein Antrag Böcker ihre Verletzung durch gleiches Verbot gefordert. Die gegenwärtige Gesetzgebung reicht nicht aus, die Arbeiter zu schützen. Eine Abänderung des Koalitionsrechts wäre zu erwägen. Solche Vereinbarungen der Unternehmer verletzen auch nach dem Empfinden der christlichen Arbeiter gegen die guten Sitten. Die Regierung muß Wandel schaffen, um die Freiheit der Arbeit zu sichern. Es handelt sich nicht nur um die Arbeiter, sondern auch um die Beamten. Wie kann man überhaupt eine Fortsetzung des Produktionsprozesses in der Zukunft sich denken, wenn man Arbeiter und Beamte unter die Äuße des Kapitals beugen will? Die Beamtenverbände werden ebenfalls beeinträchtigt, wie die Arbeiterverbände. Auch gegen den Streikverband wird im Ruhrgebiet vorgegangen. Wie wollen die Verwaltungen pflichterfüllende Arbeit von den Beamten verlangen, wenn sie ihr Gehalt unterdrücken? Wir haben alle ein Interesse daran, daß die Unzufriedenheit nicht noch größer wird. Deshalb verlangen wir von der Gesetzgebung Schutz vor der Beeinträchtigung des Arbeitsmarktes und Schutz der Freizügigkeit. (Leb. Bravo! im Ztr.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Nach der heutigen Redeprüfung können Ausperrungen generell nicht verboten werden. Das Sperrensystem der Unternehmer scheint nicht gegen den § 113 der G.-D. zu verstoßen, wie Vorredner an nimmt, weil dort nur von Merkmalen in Zeugnissen die Rede ist. Im einzelnen Fall kann in der Anwendung des Sperrensystems eine das Vergehen der Beleidigung oder ein zum Schaden der öffentlichen Verhältnisse gegen die guten Sitten erkläre werden. Das Sperrensystem ist die Folge wirtschaftlicher und sozialer Zustände. Je nachdem dem häufigen Wechsel der Belegschaft und Kontraktbruch vorgebeugt werden soll oder ob es sich gegen die Zugehörigkeit einer bestimmten Organisation richtet. Urteile des Kontraktbruchs sind nicht allein schlechte Zeichen, sondern mitunter auch die Frucht vor dem Streikverbot. Ein wesentlicher Grund für den Kontraktbruch ist das gespannte Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. (Zuruf bei den Soz.: Sprachenparagrafen!) Daß die Unternehmer sich gegen die Fiktion der Ausperrungen gelangen, ist verständlich. (Sehr richtig! rechts.) Schließlich hat man sich nicht auf kontraktbrüchige Arbeiter beschränkt, sondern auch agitatoren tätig auf die Listen gesetzt. Der Gesetzgeber könnte nur paritätisch vorgehen. Auch unter Boykott und Streik leidet nicht bloß der große Unternehmer, sondern auch das mittlere und Kleingewerbe. (Sehr richtig! rechts.) Praktisch fragt es sich, ob denn ein besonderes Gesetz notwendig ist. Ich bin der Ansicht, daß Mißbräuchen am wirksamsten vorgebeugt würde, wenn im § 826 des B.-G.-B. der Begriff der guten Sitten so gefaßt wird, wie es die Zustände erfordern. Nämlich: die Ausperrung eines Arbeiters aus sämtlichen Werken eines kleinen Betriebs als erlaubt darzustellen, während dieselbe Ausperrung aus sämtlichen Werken eines großen Betriebs als gegen die guten Sitten verstoßend erscheint. Ein Spezialgesetz würde sich den wechselnden Verhältnissen niemals so gut anpassen können, wie der Begriff der guten Sitten im § 826. Theoretisch müßte das sehr gut sein, aber in der Praxis laufen neben den großen Lohnbewegungen kleinere einher, und so sympathisch mir der Gedanke auch ist, so halte ich seine Durchführung gelegentlich für unmöglich.

Der deutsche Durchschnittsarbeiter, der Idealarbeiter sozusagen, verurteilt den Kontraktbruch, außer wenn er sich in Volkssparnissen befindet. (Sehr gut! rechts.) Er versteht, daß der Unternehmer seine Maßnahmen dagegen treffen muß und würde den Unternehmer verurteilen, der es nicht täte. (Lachen bei den Soz.) Aber er verlangt Gerechtigkeit, namentlich Öffentlichkeit des Verfahrens, die er als sicheres Schutz gegen Mißbräuche betrachtet. Von dem Begehren der schwarzen Listen getrieben, fragen erfahren, daß Arbeiter von der schwarzen Liste gestrichen werden, wenn sie sich wieder melden, wo sie kontraktbrüchig geworden. Ebenso soll die Entscheidung nicht in der Hand der beteiligten Beamten liegen. In der allgemeinen Durchführung dieser Prinzipien würde ich einen großen Fortschritt sehen. Die sozialpolitische Wirkung der Gesetzgebung dürfte wir nicht überschätzen. Der Gesetzgeber kann nicht die Waffen vorschreiben, sondern nur auf gewisse Regeln des Kampfes ein Auge haben. Die schwarzen Listen werden verschwinden oder doch seltener werden, wenn die Kampforganisationen berufliche Interessenorganisationen geworden sind. Dann wird eine gezielte Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern möglich sein. (Bravo! beim Vortr.)

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Vielleicht rührt die über große Fiktion der Arbeiter im Ruhrgebiet davon her, daß man sie unter falschen Vorprüfungen dorthin gelockt hat. Sicher aber wandert ein großer Teil der Bergarbeiter ohne berechtigten Grund von einem Ort zum anderen. Diese Elemente durch schwarze Listen zu bekämpfen, hat kein Bedenken, wenn die Gewerbeunparitätischer Bräutigam gegeben ist. Eine Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, an deren Kommen wir glauben, wird geistige Kampfmittel überflüssig machen. (Bei den Nationalisten: Ja.)

Abg. Dr. Wagner (konf.): Wir halten sowohl Boykott wie schwarze Listen für bedenklich. Einer heften paritätischen Regelung des Koalitionsrechts könnten wir zustimmen, wenn die Interessen der Arbeitgeber dabei zu ihrem vollen Recht kommen.

Die Schärfe der Arbeiterkämpfe in Deutschland liegt daran, daß unsere Gewerkschaften im Gegensatz z. B. zu den englischen, den Klassenkampf betonen. — Als Beweis hierfür verliest Redner Artikel Kautskys und Karl Liebknechts aus der „Arbeiterzeitung“. — Nicht neue Gesetze können das helfen, die Menschen müssen besser werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Sachse (Soz.): Auch die englischen Gewerkschaften sehen mehr und mehr ein, daß sie im bürgerlichen Lager ihre Interessen nicht verteidigen können, und stellen sich mehr und mehr auf den Klassenstandpunkt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr Dr. Wagner hat sich wohl besonders darüber geäußert, daß wir auch der arbeitenden Jugend sagen, wie elend sie lebt, wie kümmerlich sie wohnt, wie schlecht die Fabrikräume und wie lang die Arbeitszeit ist. Den Appell, daß die Menschen besser werden sollen, möge Herr Dr. Wagner an die scharfmacherischen Arbeitgeber richten. Wenn deren Gemüt etwas menschlicher würde, bliebe uns mancher schwere Kampf erspart. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Ausführungen des Staatssekretärs erinnern mich an das bekannte Wort seines Vorgängers: „Meine Herren! Wir arbeiten ja nur für Geld.“ Er brachte nichts vor, als Entschuldigungsgründe für die schwarzen Listen der Scharfmacher. Daraufhin werden die gewiß nicht eintreten. Es ist geradezu die Regel, daß Arbeiter massenhaft aus dem Osten durch falsche Versprechungen in die Bergbaureviere gelockt werden. Erst jüngst haben wir ganze Eisenbahnschiffe von österreichischen Arbeitern, die vom ersten Moment an streikten, weil sie statt der versprochenen 6 nur 4 Mk. Lohn erhalten sollten. Erst jüngst hat man Stettiner Arbeiterlohe noch überfallen gelockt und ihnen dort statt 5 Mk. 3,50 Mk. Schichtlohn gegeben. Auch die Wohlfahrtsvereine der Arbeitgeber dienen nur dazu, in der ungebührlichen Weise gegen das Interesse der Arbeiter ausgenutzt zu werden. Bei Krupp dienen die Unterhaltungsstellen nur dazu, die Arbeiter völlig rechtlos zu machen. Wenn wir auf solche Mißstände hinweisen, so ist das kein Akt des Klassenkampfes, sondern einfach Pflicht der Wahrhaftigkeit. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Staatssekretär sprach von einem Verprechen des Bekehrungsvertrages, jedem Arbeiter solle gesagt werden, warum er auf die schwarze Liste kommt. Auf die Erfüllung des Versprechens bin ich gespannt. Es wird genau so gehalten werden wie die Zusage, daß nur kontraktbrüchige Arbeiter auf die Liste kommen sollen. Der Staatssekretär hat ferner seine Hoffnung auf die Zeit gesetzt, in der die Kampforganisationen Interessenorganisationen sein werden. Es liegt nicht an uns, wenn Interessenvertretungen nicht zustande kommen, sondern an der Hartnäckigkeit der Unternehmer, die überhaupt keine Arbeiterorganisationen anerkennen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Vor 12 Jahren sprach der deutsche Kaiser: „Schwere Zuchthausstrafe dem, der einen Arbeitswilligen von der Arbeit abhält.“ Damals glaubte man, das täten nur streikende Arbeiter. Seitdem aber ist das Wort aus dem mündlichen Munde der Arbeitgeber verschwunden, weil die Arbeitgeber das Ausperrungs- und Listenwesen eingeführt haben. Die Beamtenorganisationen haben doch keinen Klassenkampfcharakter. Das sind doch reine Interessenverbände nach dem Herzen des Staatssekretärs. Und trotzdem sehen wir, daß die Unternehmer auf das rigorosste gegen sie vorgehen, daß sie Gesetz und Recht mit Füßen treten, um sie zu unterdrücken. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ein solches heimtückisches System, wie das der schwarzen Listen verliert unbedingt gegen die guten Sitten. Wenn ein Arbeiter, weil ihm etwa das Gehalt nicht paßt, auf die schwarze Liste kommt, und sechs Monate lang nicht eingestellt wird, so ist das aber auch ein Verstoß gegen das Gesetz selbst. Ich werde ihm auf die Sprünge helfen. Es sind Leute auf die Listen gekommen, die regelrecht gefährlich sind, und das soll kein Verstoß gegen das Gesetz sein! (Zuruf b. d. Soz.) Im September und Oktober standen 5300 Arbeiter auf der schwarzen Liste. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn der Arbeiter am 19. oder 20. ein Gehalt bekommt, auf das er sich nicht einlassen will, so ist die Antwort: Machen Sie, daß Sie zum Kerker kommen! Der Mündigkeitstermin war aber am 15., und er ist dann vollständig im Recht nach § 83 des Berggesetzes, die Arbeit zu verlassen, wenn der Besitzer sich der widerrechtlichen Ueberverteilung schuldig macht. Ist kommt der Arbeiter auf die schwarze Liste, einfach weil er krank ist, und er kann dagegen nichts unternehmen, weil er es nicht einmal weiß. — Redner trägt einen Fall von Krankheit anheimlich vor, in welchem der Richter, da es zur Frage kam, den Herrn von der Beche zu einem Vergleich rief. Nur in der seltensten Fällen kommt es aber zur Klage. Ein anderer Arbeiter wurde auf die schwarze Liste gesetzt, weil er sich weigerte, in einem Schacht zu arbeiten, in dem das Wasser so stark rauchte, daß die Arbeiter sich nicht verständigen konnten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn Arbeiter eine neue Stelle beziehen, so verlieren sie sie, wenn sie nicht rechtzeitig antreten. Urlaub aber bekommen sie bei der alten Stelle nicht für die notwendigen 1-2 Tage. Verlassen sie dann notgedrungen die alte Stelle einen Tag zu früh, so kommen sie auf die schwarze Liste. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich habe weitere interessante Fälle hier vor mir. Eine Gruppe von Arbeitern ist wegen politischer Organisation, da ist man schon eher dubial, nicht wegen wirtschaftlicher Organisation. Im Dresdener und im Waidauer Meider sind nach einander 14 Arbeiter gemeldet worden, weil sie als Arbeitervertreter in die Kronenlohnverwaltung gewählt wurden. (Hört, hört!) Das System der schwarzen Listen wird ergänzt durch gleichwichtige Kennzeichnung der Arbeiter, wie die Unwesen greift jetzt auch auf andere Berufe über, und auch die Staatsbeamten beteiligen sich an diesem gleichwichtigen System. Dem Antiker Baumgarten in Völsch kündigt sein Arbeitgeber an, daß er ihn auf Drängen der königlichen Eisenbahnverwaltung (Leb. Hört, hört!) entlassen müsse, und daß der Spektakelverein beschließen hat, ihn nirgends zu beschäftigen. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß die Arbeiter Sozialdemokraten werden. Der allmächtige Hilfer zwingt sogar die Elektrizitätsgesellschaft in Kattowitz, einen Ingenieur zu entlassen, weil er in Technikervereinigungen aufgetreten ist. (Hört, hört!) Wenn der Staatssekretär anbedeutet, daß er gegen die schwarzen Listen nicht einschreiten könne, ohne gleichzeitig gegen das Streikrecht der Arbeiter vorzugehen, so bemerken wir: Ohne Streikrecht ist das Koalitionsrecht wertlos. Wogegen wir uns wenden, ist, daß man das menschenwürdige System der schwarzen Listen, das im Kriegszustand berechtigt sein mag, mitten im Frieden anwendet. Der Boykott der Arbeiter geschieht öffentlich. Wir verlangen, daß die Regierung endlich auf gezieltem Wege gegen das inoffizielle System der schwarzen Listen vorgeht. (Leb. Bravo! b. d. Soz.)

Abg. v. Dirden (Fv.): Daß die schwarzen Listen noch 3 Monate nach dem Streik fortbestehen, kann auch ich nicht billigen. Kein Arbeiter darf aber das Recht haben, die Arbeit einfach niederzulegen, wenn es ihm paßt. Zu den Ursachen des heutigen Kontraktbruchs gehört fröhlich auch das gewöhnliche Verlocken und Verschleppen Tausender von Arbeitern von dem Osten nach dem Westen. Alles in allem sehe ich in den Maßnahmen des Bekehrungsvertrages keinen Angriff, sondern Abwehr und zwar berechtigte Abwehr. (Bravo! rechts.)

Das Haus vertagt sich. Fortsetzung der Redeprüfung: Sonnabend 11 Uhr, vorher V. Ratung der Denkschrift über die Ausfüllung des Anleihegesetzes, sowie Rechnungslegung.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parteinachrichten.

Von der Parteipresse. Der „Volkstreue“ zu Karlsruhe hat in der inneren Stadt 500 Abonnenten gewonnen. Diese Zunahme ist gewiß keine allzugroße, aber sie ist in der Zeit der Krise, in welcher viele Arbeiter aus der Großstadt wegwandern, doppelt beachtenswert.

Arbeiter-Jugend Nr. 1. Die erste Nummer des neuen Organs für die arbeitende Jugend ist erschienen. Mit frischem Ton und allgemeiner verständlicher Darstellung führt sie sich gut an. Der Inhalt zeigt, daß das Programm, das die Redaktion und die Zentralstelle für die arbeitende Jugend aufgestellt haben, eine Zeitschrift voll Anregung und Vielseitigkeit versprechen. Der einleitende Artikel verheißt den Lesern Einführung in Nationalökonomie, Geschichte, besonders Wirtschafts- und Kulturgeschichte, Naturwissenschaft, Technik, Recht und Verfassung, Kunst und Literatur. Auch die Gesundheitspflege, zumal in ihrer Betätigung durch Spiel und Sport und Wandern, soll gepflegt werden. Daneben sollen die jugendlichen Arbeiter über ihre besonderen gewerblichen und staatsbürgerlichen Rechtsverhältnisse unterrichtet werden und schließlich soll über den Stand und die Entwicklung der Jugendbewegung fortlaufend berichtet werden.

Die Vorläufer der „Arbeiter-Jugend“ behandelt der folgende Artikel. Genosse L. Frank gibt die Geschichte der „Jungen Garde“. Ein Artikel des Genossen Max Peters über die „Arbeitende Jugend“ soll in nächster Nummer folgen. Genosse Hermann Dunder beantwortet die Frage: „Was heißt Sozialismus?“ Genosse Heinrich Schula schreibt über Jugend und Bildung. Genosse J. Mehring hat einen Vortrag Ferdinand Lagalle beigegeben, dem ein Vortrag des großen Vorkämpfers beigegeben ist. Genosse Robert Schmidt behandelt das Thema „Die Gewerkschaft und die arbeitende Jugend“. Zwei Review „Gewerkschaftliche Bewegung“ und „Aus der Politik“ werden die wichtigsten Ereignisse auf beiden Gebieten verzeichnen. Unter der Rubrik „Vom Kriegsschauplatz“ werden die Anschuldigungen der freien Jugendbewegung registriert und glossiert. Der Briefkasten lüftet die Einrichtung eines Sprechsaals an, wo die Leser Vorschläge, die sich auf die Ausgestaltung der Bewegung und ihrer Einrichtungen beziehen, machen und Erfahrungen austauschen können.

Die Beilage enthält ein Gedicht von Otto Krille: „An die Jugend“, eine Erzählung „Wie ich meinen besten Freund verlor“ von Martin Jäger, einen Artikel „Die Entwicklung der Lehre und ihre Bedeutung“ von M. S. Baeg, eine Buchkritik „Bücher für die Jugend“, in der belletristische und naturwissenschaftliche Werke besprochen werden. Mit einem bunten Feuilleton und waffenstreichenden Versen John Henry Macduns schließt sie.

Möge diese erste Nummer des neuen Kampforgans, das eine große bedeutsame Aufgabe zu erfüllen hat, recht große Begeisterung finden und in recht vielen jungen Kämpfern den Entschluß reifen lassen, regelmäßige Leser der „Arbeiter-Jugend“ und tätige Mitglieder der freien Jugendbewegung zu werden. Möchten besonders die proletarischen Eltern, die der Schule entwachsene oder erwachsene Söhne oder Töchter haben — die „Arbeiterjugend“ wendet sich an das Mädchen sowohl wie an den Jüngling — ihre Blicke tun.

Die einzelne Nummer der alle 14 Tage erscheinenden „Arbeiter-Jugend“ kostet 10 Pfg., das Abonnement für ein Vierteljahr 50 Pfg.

Von einem ernsten Konflikt in der heftigsten Sozialdemokratie weiß das „Berliner Tageblatt“ zu berichten, der als Ergebnis vorläufig den Rücktritt des gesamten heftigsten Parteivorstandes gerechtfertigt habe. Urhe des Konfliktes soll Streit zwischen den Revisionisten und „adulanten“ sein. Gegen die bisher herrschenden Revisionisten sollen jetzt die Radikalen die Oberhand gewonnen haben. An der ganzen Sache ist auch nicht ein Wort wahr. Wenn das Blatt noch weiter berichtet, daß in Darmstadt gegen die Wiederaufstellung des Genossen Vertbold ein heftiger Protest von den Radikalen erhoben wurde, so ist auch daran nichts wahr. Es handelt sich lediglich um noch nicht abgeschlossene Verhandlungen über die Person des Kandidaten.

Zur Krise in der sozialdemokratischen Partei Hollands wird dem „Vorwärts“ aus Amsterdam geschrieben: Infolge der in der holländischen Partei herrschenden weitgehenden Meinungsverschiedenheiten und des aus denselben Grunde erfolgten Austrittes der Kammerabgeordneten W. B. G. Helsdingen und J. H. Schaper aus dem Parteivorstande hatte dieser ein Parteireferendum über die Frage ausgeschrieben, ob ein außerordentlicher Parteitag stattfinden soll. Das Referendum ist jetzt abgeschlossen. Von 5571 Stimmen sprachen sich 3268 für Abhalten eines außerordentlichen Parteitages aus, 1719 dagegen, während 577 Genossen sich der Stimme enthielten. Die beiden ausgetretenen Parteivorstandsmitglieder Helsdingen und Schaper wurden mit 3416 bzw. 3447 Stimmen als Vertreter der revisionistischen Richtung wiedergewählt, während die zur marxistischen Richtung zu rechnenden Gegenkandidaten A. Kupper und G. W. Sannes, ohne daß sie ausgesprochen als solche aufgestellt waren, 1097 bzw. 1041 Stimmen auf sich vereinigten. Ueberdies erhielt Genosse L. M. Hermans noch 1034 Stimmen und 312 Genossen enthielten sich der Abstimmung. Die Stimmhaltungen sind wohl fast ausnahmslos den sich um das marxistische Wochenblatt „Die Tribune“ gruppierenden Genossen zuzuschreiben. Der außerordentliche Parteitag findet am 13. und 14. Februar, wahrscheinlich zu Utrecht, statt.

Aus der französischen Partei. Genosse Jules Guesde ist von seinem Erholungsurlaub zurückgekehrt und nimmt wieder an der parlamentarischen und an der Parteiarbeit teil. Seine Gesundheit hat sich erfreulich gekräftigt. Den Wünschen der französischen Genossen für den Gründer der Arbeiterpartei schließt sich die ganze Internationale freudig an.

Genossenschaftsbewegung.

Ein Bäckermeister über die Nützlichkeit im Bäckergewerbe. Unter den Handwerkern zählen die Bäckermeister zu den rüchstandigsten und deshalb zu den entschiedensten Konsumvereinsmitgliedern. Es sei hier nur kurz daran erinnert, daß der 15. Verbandstag des Bäckerverbandes „Germania“, der vom 9. bis 11. August 1908 in Hannover tagte, an die Handwerkerkammern die dringende Bitte richtete, durch die Aufsichtsbehörde beim Ministerium für Handel und Gewerbe zu fordern, daß den Beamten die Tätigkeit in Konsumvereinen verboten werde, daß die Konsumvereine mit einer Umsatzsteuer belegt und ihnen eine höhere Rückvergütung als zwei Prozent ausbezahlt unterlag. Dieser Vorschlag gegen die Konsumvereine entpuppte sich als zweifelhaft der Erkenntnis, daß diese durch ihre in technischer und hygienischer Beziehung musterhaften Bäckerbetriebe dem seit Jahrzehnten auf einer Stufe stehenden niedrigen Bäckergewerbe nicht nur das Wasser von der Profitmühle ableiten, sondern auch den Regierungen Veranlassung gegeben haben, den Bäckermeistern mit verschiedenen Verordnungen teils im Interesse der Beschäftigten, teils im Interesse der Volksgesundheit auf den Leib zu rücken. Seit Jahren, seitdem man von außen her auf das Bäckergewerbe eindringt mit Verordnungen und anderen Maßregeln, muß als Verteidigung, daß die Bäcker beim

alten beharren wollen, immer die „Eigenart des Gewerbes“ herhalten. Diesen Bädermeistern steht nun ein „Unfe“ in der neuesten Nummer der Berliner „Bäder- und Sanitäts-Zeitung“, dem Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Bädervereine, „Germania“ einmal gründlich den Zeig, indem er u. a. schreibt:

„Ich behaupte ganz offen, daß die genannte Rede- wendung nur auf Selbstbezug herauskommt, und daß die Ur- sache für das langsame Aufsteigen von Neuheiten in ehrlüch- tigen Bädern das Wort „Rückständigkeit“ oder „Schwermützigkeit“ bei vielen Kollegen ist.“

In jeder Beziehung waren wir Bäder gegen die Fortschritte der Zeit rückständig. Aus uns selbst heraus haben wir wenig getan, um uns mit der Zeit auf dem Laufenden zu erhalten. Andere Gewerbe haben längst eine größere Sonntagsruhe, eine verkürzte Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen für ihre Arbeiter geschaffen. Die Bäder waren dazu nicht imstande wegen der Eigenart des Gewerbes. Da wurde vor anderer Seite die Gefährdung auf die Bäder aufmerksam gemacht. Zahlreiche Verordnungen regneten auf uns herab. Mordgeschrei an allen Ecken, daß das Gewerbe zugrunde gerichtet wird.

Wohl ist es sehr schwer geworden, sich als Bädermeister durchzuschlagen; es gehört vor allen Dingen heute mehr Denken, Rechnen und kaufmännische Befähigung dazu. Doch gibt es heute, ebenso wie zu allen Zeiten, noch wohlhabende Bädermeister, wie es auch früher schwache Existenzen gegeben hat. Das Märchen von der guten alten Zeit ist Unfug.

Wer hat denn das Bädergewerbe modern vorwärts gebracht? Waren es nicht durchweg die Fabrikanten von Maschinen und Bedarfsartikeln. Baunternehmer, Kaufleute und Mitglieder der Konsumvereine, also Nichtfachleute, die uns gezeigt haben, wie moderne Bäderbetriebe aussehen? Sind nicht die Bäder- meister erst viel später, der Not gehorchend, nachgekommen?

Wir sollten nicht verabschieden, müßterhafte Betriebe zu betreiben, selbst wenn ihre Leitungen unterem Streben un- sympathisch sind. Wir wollen uns freimachen von aller Vorurteil- samkeit, wir wollen lernen überall von jedermann und mit ruhigem Blick das Beste für uns herausfinden, dann werden wir bald herausfinden, daß unser Gewerbe gar nicht „eigenartig“ ist, sondern daß wir eigenartig gewesen sind, weil wir uns solange in den Kopf gesetzt hatten, die Zeit in ihrem Vorwärts- schreiten aufhalten zu wollen. Die Technik war schon lange im- stande, alles zu leisten, die Bäder wollten es nur nicht annehmen, und sie würden es noch heute schwer annehmen, wenn die Gefährdung ihnen nicht streng auf den Leib rückte. Das mag manchem Kollegen, dem es an Geld fehlt, schwer be- drücken, dem Gesamtgewerbe gereicht es aber nur zum Vor- teil.

Wir zweifeln, daß diese Epistel eines der übrigen auf die große Masse der Bädermeister großen Eindruck machen wird. Wie die Krämmer beschäftigen sie sich lieber mit dem Splitter der Kon- sumvereine als mit dem eigenen Balken.

Gewerkschaftsbewegung.

Nach der Heimarbeit. In dem Dorfe Wehrhalden an der badisch-schweizerischen Grenze läßt eine Holzsägemühle fleißig Säbholz aufarbeiten. Sie weiß, warum sie auf Land- flüchtel denn sie bezahlt — formen glänzend — für das Aufarbeiten von 144 Stück — einen Pfennig.

Nur die äußerste Not zwingt manche Einwohner, von dem schätzbaren Auerbieten Gebrauch zu machen.

Vom Maschinenfabrikanten. Paris, 29. Jan. Die aus- ständigen Maschinenfabrikanten haben einen Aufruf an das Publikum erlassen, worin sie die Ausstandsbewegung rechtfertigen. Die Ausständigen halten täglich zwei Versammlungen ab, in welchen Bericht über die Lage erstattet wird. Die Zeitungen helfen sich mit Auswüchsen und erscheinen meist etwas später als gewöhnlich.

Gewerkschaftsbewegung.

Urkundenfälschung. Berlin, 29. Jan. Wegen schwerer Urkundenfälschungen und Unterschlagungen in der Höhe von 30-

bis 40 000 Mark stand heute der Registrator August Juticid vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war seinerzeit in dem Hofstaat des Prinzen Albrecht und später in dem des Prinzen Heinrich als Registrator angestellt. Zu seinen Pflichten gehörte die Verwaltung der Hofkasse. Diese Tätigkeit benutzte er, jahrelang Unterschlagungen zu begehen, indem er die zu zahlenden Rechnungen mit höheren Beträgen ver- sah und den Ueberbisch in seine Tasche steckte. Er wurde zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Militärisches.

Wieder ein Soldatenmörder. In 61 Fällen hat der Vize- wachmeister Wirth von der 2. Batterie des Art.-Reg. Nr. 50 in Karlsruhe Soldaten mißhandelt. Das Kriegsgericht ver- urteilte ihn zu acht Monaten Festung und Degradation.

Die Mißhandlungen kamen durch einen fälschlichen Zwischen- fall zur Kenntnis der Behörden. Wirth erhielt bei einem Mäander in einem Dorfe der Taubergsgegend anlässlich des Lohnsammelns von einem früheren Soldaten eine Ohrfeige. Ein Offizier sah das mit an und zwang den Wirth, den Soldaten zu verladen. Dieser padie nun aus und der Spiegel wurde jetzt umgedreht.

Wirth hätte gewiß gern die Ohrfeige anstatt der acht Monate Festungshaft hingenommen.

Vermischtes.

Ein Leutnant der Landwehr als Raubmörder. Berlin, 29. Januar. Zu dem Raubmordversuch in der Potsdamerstraße wird mitgeteilt, daß es noch heute nacht der Kriminalpolizei gelungen ist, auch den dritten Täter, den Kaufmann und Leutnant der Landwehr Georg Kühne, dingst zu machen. Auch einige Helfershelfer der Bande wurden verhaftet. Der Verhaftete ist bis vor einiger Zeit Privatsekretär des Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar gewesen und befand sich in der Prinz-Albrechtstr. 3 ein Agentur- und Hypothekengeschäft, dessen Kundenkreis er, wie aus den vorgefundenen Briefen hervorgeht, auch nach Frank- reich ausgedehnt hatte. Trodem ging es ihm in letzter Zeit finanziell sehr schlecht.

Nach 14 Jahren. Hamburg, 29. Jan. Der 34 Jahre alte Schuhmacher Bruno Rasmus stellte sich freiwillig der hiesigen Polizeibehörde unter der Angabe, er habe 1895 während seiner Militärdienstzeit in der Nähe bei Gelegenheit eines Streites seine Geliebte, eine Kellnerin mit Vornamen Adelheid, in deren Hi- mat Piegengasse mit seinem Seitengewehr erschossen und die Leiche sofort an Ort und Stelle in Biegenhals verpackt. Rasmus wurde verhaftet. Die obersteleichen Behörden wurden benach- richtigt.

Entgleisung. Eltville, 29. Jan. Gestern vormittag ent- gleisten zwischen hier und Erbach fünf Wagen eines Güterzuges. Die Wagen fielen auf das zweite Geleise. Der Verkehr mußte auf eine Stunde gehindert werden.

Ein neues Luftschiff. Paris, 29. Jan. Der Luftschiffer Drabazon machte gestern Versuche mit seinem neuen Luftschiff. Es gelang ihm, einen Flug von 5 Kilometer mit Wendungen auszuführen. Bei weiteren Versuchen erlitt sein Apparat eine Beschädigung, die ihn zwang, die Versuche einzustellen.

Ein Eisenbahnraub. Paris, 29. Jan. Zwischen den Sta- tionen Lebarre und Arcome im Departement Cantal wurde in einem Abteil zweiter Klasse Frau Lafarge von einem Mit- reisenden durch Chloroform betäubt, ihres kostbaren Schmades und eines bedeutenden Geldbetrages beraubt. Der Täter konnte ungehindert die Flucht ergreifen.

Gerettet. Rotterdam, 29. Jan. Aus Kampen wird ge- brachtet, daß der Postdampfer „Havelaar“ dort 18 von den 30 auf zwei Eisbänken in den Rudersee hinausgetriebenen Fischen rettete, welche der Dampfer anweit Harderwijk ent- deckt hatte.

Unterhofs in Messina. London, 29. Jan. Der Daily Chronicle bringt heute in einer Reapeler Depesche aufsehen- erregende Details über große Schwindeleien, die bei den Spen- den für die Opfer des furchtbaren Erdbebens vorgekommen sind. Der Bürgermeister von Messina, der Protokollführer der Stadt und 12 hervorragende Bürger von Messina wurden verhaftet.

Man behauptet, sie hätten Kleider und Probiand, auch Geld, das für die Opfer bestimmt war, an sich genommen. Die Klün- derungen seien in großem Maßstabe verübt worden.

Schiffszusammenstoß. London, 29. Jan. Der Kapitän eines Küstenfahrers hat in der Humber-Mündung, wie zwei Schiffe mit einem furchtbaren Knach aufeinanderstießen. Als er nahe genug heran war, sah er gerade eines dieser Schiffe in die Tiefe sinken. Er hörte Hilferufe, aber der Nebel machte es unmöglich, die in der See schwimmenden Menschen zu ent- decken. Gestern abend stellte sich heraus, daß eines der beiden kollidierenden Schiffe die „Cetraria“ von Grimsby war. Sie hat schweren Schaden erlitten. Das andere unbekannte ist mit allen Menschen an Bord gesunken.

Schnee und Wölfe. Belgrad, 29. Jan. Im Krajnaer- bezirk bei Negotin ist meterhoher Schnee gefallen, wodurch der Verkehr vollkommen unmöglich geworden ist. Die Wölfe ver- ursachen großen Schaden an Schafen und anderem Vieh: auch Menschen wurden von den Wölfen angegriffen. Auf der Land- straße sieht man die Tiere täglich in großen Rudeln.

Lechte Nachrichten.

Berlin, 30. Jan. Die konservative Parteiforrespondenz be- schäftigt sich mit der sozialdemokratischen Indiskretion. Die Korrespondenz sagt, daß die Feststellungen des Fraktionsvor- standes den Tatsachen entsprechen. Wir werden nicht in den Verdacht kommen, den Sozialdemokraten als Helfershelfer zur Seite springen zu wollen, aber wir fühlen uns gedrungen, der Wahrheit entsprechend hervorzuheben, daß zwar Roske die In- diskretion insofern begangen hat, als er dem sozialdemokratischen Pressebureau den erwähnten Bericht erstattet, daß aber an- scheinend dem Bureau die Verbreitung der Indiskretion zur Last fällt. Das charakteristische ist vielmehr, daß der nicht- sozialdemokratische Dr. Goldmann einen Angehörigen des Pres- se- bureaus veranlaßt, ihm den betreffenden Bericht zu über- geben, und daß er die vertraulichen Mitteilungen telegraphisch weitergab und so, gegen die Interessen Deutschlands handelnd, sie an das Ausland verkaufte. Das ist der springende Punkt der Situation.

Silbesheim, 30. Jan. Die beiden Bankiers Marheineke und Stute, die vor längerer Zeit ihre Zahlungen einstellten, wur- den heute morgen nach längerem Verhör dem hiesigen Unter- suchungsgefängnis zugeführt.

Leipzig, 30. Jan. Das Schwurgericht verurteilte den Ar- beiter Naugendorf, der im November v. J. seine Ehefrau ins Wasser warf, um sich ihre Eripännisse anzueignen, wegen Tot- schlags zu 12 Jahren Zuchthaus und gleichem Ehrverlust.

Breslau, 30. Jan. In dem schlesischen Orte Wirschwitz brannte die Wohnung des Eigentümers Jagel vollständig nieder. Die Witwe Bettlich und ihr achtjähriges Enkelkind konnten von den Rettungsmännern der freiwilligen Feuerwehr nicht mehr ins Freie gebracht werden und verbrannten. Der Eigen- tümer Jagel wurde als der Brandstiftung verdächtig verhaftet.

Wien, 30. Jan. Im Reichsrat kam es gestern zu einer stürmischen Szene. Graf Sternberg begründete einen Antrag betreffend ein Farbenverbot für die Prager Studenten und legte hierbei, Böhmern werde nur von Tschechen und Einbrechern, womit er die Deutschen meinte, bewohnt. Die deutschen Abgeord- neten stürzten auf Sternberg mit erhobenen Fäusten los und riefen ihm zu: „Verräter! Hoch, wer! Ihn hinaus, diese blödsinnigen Schimpereien müssen ein Ende haben!“ Der Arm dauerte noch längere Zeit an. Der Vizepräsident rief darauf den Grafen Sternberg zur Ordnung.

Petersburg, 30. Jan. Die Revolution in Persien greift weiter um sich. Neuerdings sind Regierungstruppen in mehreren Treffen bei Tabriz von Sattar-Ali-Khan geschlagen worden. Die Regierungstruppen beginnen nunmehr langsam in die Oppo- sitionslager überzugehen. Sattar-Ali-Khan hat eine Reihe von Gouverneuren abgesetzt und seine eigenen Leute zur Verwaltung berufen.

Madrid, 30. Jan. In ganz Spanien herrscht eine fieberische Hitze. Wölfe kommen in vielen Rudeln aus den Bergen. Nach einem Telegramm aus Barcelona wurde in Almacenas eine ganze Schafherde von Wölfen zerfleischt. In mehreren Gegenden herrscht große Not.

Frei Heil!

Freie Turnen

Abteilung

begeht am Sonntag, 31. Jan.

Engerstraße,

Kapp

verbunden mit

Anfang 4

Serren-Karte 50 Pfg.

Es ladet freundlich ein

Bielefelder Karne

Sonntag

2. Grosser

in den Lokitäten de

bestehend in nährlichen Auf-

trägen und großem B

berühmten Zauberkünstlers „K

lebenden Person aus d

Anfang 4 Uhr. Damen

Es ladet ergebenst ein

NB. Der große Gala-Pr

abend, 6. März, in sämtlichen

Deutscher Meta

Verwaltung Biele

Sonntag, den 31. Jan

Wint

des Bezirkes Oberes

im Lokale „Zum Se

Eintrittskarten sind zum

Bezirksfästern und an der

Einen zahlreichen Besuch aller

erwartet

Radfahrer-Ver

(Mitglied des Arbeiter-R

Am Sonntag,

feiert obiger Verein in den Lok

Bielefeld, Bürgermei

Wiener J

unter Mitwirkung d

Anfang: 3 Uhr 59 Minute

Ende: Wä

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Entree: Herren-Karten 6

NB. Kappe wird an jeden grat

Arbeiter-Radfahre

Gau 12.

Sonntag, den 3

Grosses V

im Lokale des Herrn Lo

Es ladet freundlich ein

Arb.-Radfahrer-

Restaurant

Am Sonntag, den 31. d. M.,

Liedertafel

unter gütiger Mitwirkung d

stifigen Gagetat

Dierzu ladet freundlich ein

Frisch auf!

Am Sonntag, den

Freie Radfahrer-V

Abt. II „Corona“ Mitglied des Ar

ihre d

Kapp

in den Lokitäten der Frau

Zu diesem gemüthlichen Feste

632

Heinr. Bev

Bürger

Sonntag, den 31.

W. Tuxhor

Sonntag, de

TANZ.

Es ladet freundlich ein

Restaurant G. Freu

Sonntag, de

TANZ.

Aug. Heybr

Sonntag, den 3

TANZ.

Frei Heil! Frei Heil!
Freie Turnerschaft Bielefeld
 Abteilung „Frisch Auf“
 begeht am Sonntag, 31. Januar, im Lokale des Herrn Imkamp,
 Engersdörferstrasse, ihr närrisches
Kappenfest
 verbunden mit **BALL.**
 Anfang 4 Uhr nachmittags.
 Herren-Karte 50 Pfg. Damen-Karte 25 Pfg.
 Es ladet freundlichst ein Das Festkomitee.

Bielefelder Karneval-Verein „Nelau“.
 Sonntag, den 31. Januar: 603
2. Grosser Ulk- und Narren-Abend
 in den Lokalen des Herrn C. Richter, Gadderbaum,
 bestehend in närrischen Auf- und Abzügen, humoristischen Vor-
 trügen und grossem **BALL.** unter Mitwirkung des
 berühmten Zauberkünstlers „Kittische“, u. a.: Verschwinden einer
 lebenden Person aus dem Publikum frei im Saale.
 Anfang 4 Uhr. Damenkarte 25 Pfg. Herrenkarte 50 Pfg.
 Es ladet ergebenst ein **Der XI. Rat.**
 NB. Der große Gala-Preis-Maskenball findet am Sonn-
 abend, 6. März, in sämtlichen Räumen des Herrn C. Richter statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltung Bielefeld und Umgegend.
 Sonntag, den 31. Januar, von nachm. 4 Uhr ab:

Winterfest
 des Bezirkes Oberes Sieker und Stieghorst
 im Lokale „Zum Schwan“, Detmolderstrasse.
 Eintrittskarten sind zum Preise von 30 Pfg. bei den
 Bezirkskassierern und an der Kasse zu haben. 535
 Einen zahlreichen Besuch aller Verbandsmitglieder nebst Angehörigen
 erwartet **Das Festkomitee.**

Radfahrer-Verein „Dornberg“
 (Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität).
 Am Sonntag, den 31. Januar, 61
 feiert obiger Verein in den Lokalen des Herrn August Juchacz,
 Bielefeld, Bürgerweg 14, sein diesjähriges großes

Wiener Kappenfest
 unter Mitwirkung der größten Spezialkräfte.
 Anfang: 3 Uhr 59 Minuten 60 Sekunden.
 Ende: Wann jeder um Koppe steht. 63
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Rat.**
 Entree: Herren-Karten 60 Pfg., Damen-Karten 30 Pfg.
 NB. Koppe wird an jeden gratis verabfolgt.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“
 Gau 12. I. Bezirk.
 Sonntag, den 31. Januar 1909:

Grosses Winter-Fest
 im Lokale des Herrn Lohmann, Schildescherstrasse.
 Es ladet freundlichst ein 501
Arb.-Radfahrer-Klub „Edelweiss“, Brake.

Restaurant zum Siegfried.
 Am Sonntag, den 31. d. M., feiert der Gesangsverein **Kamphofer**
 Liedertafel sein diesjähriges
Kappenfest
 unter gütiger Mitwirkung des Arbeiter-Turnvereins **Westfalia** sowie der
 lustigen **Eggelafer.** Anfang 4 Uhr. 639
 Hierzu ladet freundlichst ein **Der Festleiter.**

Frisch auf! Frisch auf!
 Am Sonntag, den 31. Januar, feiert die
Freie Radfahrer-Vereinigung Bielefeld
 Abt. II „Corona“ Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“
 ihr diesjähriges

Kappenfest
 in den Lokalen der Frau W. Kleinert, Detmolderstrasse.
 Zu diesem gemüthlichen Feste ladet ergebenst ein 632
Das Fest-Komitee.

Heinr. Bewekenhorn,
 Bürgerweg 50. 1146
 Sonntag, den 31. Jan.: **BALL.**

W. Tuxhorn, Bleichstrasse. 61
 Sonntag, den 31. Januar: 6634
TANZ. TANZ.
 Es ladet freundlichst ein **W. Tuxhorn.**

Restaurant G. Freudenau, Heeperstr. 126.
 Sonntag, den 31. Januar: 594
TANZ. TANZ.

Aug. Heybrok, Spindelfstrasse 68.
 Sonntag, den 31. Januar 1909: 622
TANZ. Koncertina-Befegung.

Zentral-Theater
 Achtung! Bewohner von Bielefeld und Umgebung! Achtung!
 Wer hat sich noch nicht die am 31. Januar ihre
Abschieds-Vorstellungen
 gebenden **Dresdner erstklassigen Künstler** angehört?
 (Dir.: Clemens Gröfser.)
 Eine seltene Gelegenheit, eine so reiche Auswahl von
Ensemble-Szenen und Solo-Vorträgen
 für so wenig Eintrittsgeld zu hören.
Allen voran.
Die Revierkranken. Hochkomische Militärposse.
Das verhängnisvolle Hochzeits-Geschenk.
 Wer da nicht lachen muß, ist noch nicht geboren. — Jeder
 Bewohner von Bielefeld aber darf nicht veräumen, die am
 Sonntag zum letzten Male auftretende
Original - Schutztruppe
 mit ihrem schneidigen Lieutenant zu sehen, denn diese ist ein
 Meteor am Künstlerhimmel. Alles lacht, sogar Berheirathete.
 Eine **Blüthe** allein des **Entrées** wert.
 Sonntag 4 und 8 Uhr: 2 grosse Galavorstellungen.
 Sonntags 11—1 Uhr: Grosse Matinee.
 Montag, den 1. Februar 1909:
Neues vorzügl. Künstlerprogramm.
 Drum sei **Barolo Bielefelds** und allen Orten:
„Zentral-Theater“ sei allein der Platz!
 Kauft Alt und Jung den Wiken und den Worten!
 Für jeden Jüngling Amusement mit seinem Schatz!
 Die **Direktion.** 636

Bielefeld Kaiserstrasse
Zirkus
Adolf Strassburger.
 Heute Sonntagabend, den 30. Januar 1909,
 abends 8 1/4 Uhr: 635

Gr. Sport-Vorstellung.
 Sonntag, den 31. Januar 1909:
2 brillante Vorstellungen
 nachmittags 4 Uhr und abends 8 1/4 Uhr.
 In jeder Vorstellung:
Vorführung der Löwengruppe
 sowie Fortsetzung der internationalen Ringkampfkampfkuren.
 Sonntag abend ringen:

Frei-Konzert
 jeden Sonntag von 4 Uhr ab
 wozu freundlichst einladet. 595
Hugo Wöhler, Heeperstrasse 78.
H. Bracksiek, Sallerweg.
 Tanz frei. Sonntag, den 31. Januar: 615
Grosser Ball.
Gross-Kurfürsten-Halle:
 Am Sonntag, den 31. Januar:
BALL.
 Es ladet ein **Fritz Risch.**
 Am Sonntag, den 31. Januar 1909: 617
Grosser Ball.
 Hierzu ladet freundlichst ein **W. Vogt, Sallerweg.**
C. H. Apenbrink, Herforderstr. 242.
 Am Sonntag, den 31. Januar: 621
TANZ.

Gr. Preis-Maskenball
 des
 Gesangsvereins „Concordia“
 findet am **Sonntag, 6. Februar,**
 in den Lokalen der W. Kleinert, Detmolderstr., statt.
 Anfang 8 Uhr abends.
Der Vorstand.
 Die Preise sind im Schaufenster des Herrn **Friseur Schöne-**
mann, Ulmstrasse, ausgestellt. 583

Für nur
1 Mark
 wöchentliche Abzahlung
Möbel
Herde
Uhren
Herren-Anzüge
Damen-Garderobe
 bei kleiner Anzahlung.
Möbel- und Waren-Kredit-Haus
L. Sachs
 1 Rathhausstrasse 1.
 Fernsprecher 1540.

Friedhofs-Kunst.
 Vortrag des Prof. Seeck-Berlin mit Lichtbildern
 am Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
 im grossen Saale des Vereinshauses (Bahnhofstrasse),
 veranstaltet vom
Magistrat der Stadt Bielefeld u. d. Gewerbeverein Bielefeld.
 Jedermann hat Zutritt! Eintritt frei!
Der Magistrat. 589

Verein für Insektenkunde, Bielefeld
 (früher Entomologischer Verein Lepidoptera).
 Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Vereins-Sitzung und Vortrag.
 Sonntagabend, den 6. Februar, abends 9 Uhr:
Gemüthlicher Herren-Abend
 im Vereinslokal **Moderhorn.** 638
 Um zahlreichen Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

5. Abonnements-Konzert
 des Städt. Orchesters im „Stadt-Theater“.
 Leitung: Kapellmeister Max Cahnbley.
 1. H. G. Noren: „Kaleidoskop“, Variationen u. Doppelfuge.
 2. P. I. Tschaikowsky: Symphonie pathétique Nr. 6,
 (H-moll).
 Vorverkauf in der Musikalienhandlung H. Seile.
 Kassenöffnung 7 1/2 Uhr. 596

Altdentsche Bierhalle
 (Westfälischer Hof) Bahnhofstrasse
 übernommen habe, und bitte daher um geneigten Zuspruch.
 Hochachtungsvoll
Hermann Bentzenp. 627

Brackwede.
 Der Arbeiter-Radfahrer-Verein feiert am Sonntag, den
 31. Januar, seinen diesjährigen großen

Preis-Maskenball
 im Lokale des Wirts **K. Schröder.**
 Anfang 4 Uhr. Ende wenn's vorbei ist.
 Zu diesem gemüthlichen Feste ladet ergebenst ein
Der Festausschuss. 589

Herford. Herford.
 Sonntag, den 31. Januar 1909,
 feiert der
Arbeiter-Radfahrer-Verein „Meteor“
 im Lokale des Herrn **Wilhelm Läge, Bahnhofstrasse,** ein gemüthliches
Kränzchen
 Anfang nachmittags 4 Uhr.
 Zu diesem Feste ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 25.

Bielefeld, Sonnabend, 30. Januar 1909.

20. Jahrg.

Technik und Organisation im Baugewerbe.

Der „Grundstein“, das Organ des Maurerverbandes, bringt in seiner letzten Nummer unter der Überschrift „Technik und Organisation“ einen Artikel, der eine Studie über das Organisationswesen im Baugewerbe darstellt. Es wird darin untersucht, inwieweit die technische Entwicklung im Baugewerbe auf die davon betroffenen Organisationen wirkt. Der letzte Verbandstag der Maurer hat dem Gedanken einer Verschmelzung mit dem Verband der Bauhilfsarbeiter im Prinzip zugestimmt, infolgedessen ist das vom „Grundstein“ erörterte Thema sehr gegenwärtig. Der Artikel bespricht zunächst die allgemeinen Erfordernisse des gewerkschaftlichen Kampfes:

„Will eine Arbeiterorganisation die Interessen ihrer Mitglieder wirkungsvoll vertreten, so kann sie das nur, wenn sie die Möglichkeit hat, den ganzen Produktionsbergang in ihrem Gewerbe zu beeinflussen. Es müssen also möglichst alle an der Herstellung eines und desselben Produktes beschäftigten Arbeiter zum einheitlichen Willen und zum solidarischen Handeln geführt werden können. Um den nötigen Druck auf das Unternehmertum ausüben zu können, bedarf es zwar nicht immer der Aktion aller Arbeiter eines Betriebes; oft genügt das Vorgehen einer verhältnismäßig kleinen, aber mächtigen Gruppe, um den Widerstand der Unternehmer zu erschüttern. Aber stets muß die Möglichkeit des gemeinsamen Handelns da sein, stets muß die Organisation die Macht haben, bald diesen, bald jenen tatsächlichen Zug tun zu können. Stets muß sie die Gewerkschaft haben, das Vorgehen der Arbeiter nach einheitlichen Gesichtspunkten bestimmen zu können. Selbst wenn die Wahrscheinlichkeit fehlt, daß ein gemeinsames Handeln notwendig werden könnte, muß sie die Macht, es zu entwerfen, haben, um sich die Freiheit der Entscheidung zu sichern, um nicht auf der eigenen Seite mit unbekannten Größen rechnen zu müssen.“

Aber das heutige Gewerkschaftswesen genügt diesen Grundfahnen nicht vollständig, es trägt noch das Gepräge der beruflichen Gliederung, wie sie vor 20 oder 30 Jahren bestand. Seit jener Zeit hat die technische Entwicklung die Verfassung unserer Produktion ganz gewaltig beeinflusst. Die Produktionsmethoden haben sich verändert, es sind neue Berufe entstanden, bestehende haben ein anderes Gepräge erhalten. Die dem technischen Fortschritt folgende Arbeitsteilung mit ihrer Zergliederung des Produktionsprozesses in mehrere Einzelverrichtungen hat Spezialgruppen entstehen lassen, deren Zusammenfassung zu Produktions- oder Industrier Verbänden im Interesse der gewerkschaftlichen Arbeit dringend geboten ist, weil ihre Tätigkeit meistens nur Einzelverrichtungen an einem bestimmten Produkt umfaßt, zu dessen gebrauchsfertiger Herstellung sich oft fünf, acht, zehn und mehr Gruppen die Hand reichen.

Es werden dann die Schwierigkeiten besprochen, die aus der beruflichen Zersplitterung der Arbeiterorganisationen für die gewerkschaftlichen Aktionen erwachsen: Die einheitliche Vertretung der speziellen Gruppeninteressen, ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit der Arbeiter des betreffenden Produktionszweiges; die Gefahr, daß die eine Gruppe beim Kampf der anderen deren Arbeiten mit verrichtet; die Unmöglichkeit, weiterblickende taktische Dispositionen zu treffen, und die Gefahr, durch Kämpfe der anderen Gruppen zu ungelegener Zeit in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Man habe diese Schwierigkeiten zu überwinden versucht durch Kartellverträge, die jedoch auch nur eine begrenzte Sicherheit gewährten. Wie schwer dieser Zustand empfunden werde, habe auch die Konferenz der an den Werken beteiligten Gewerkschaften bewiesen. In der Ruhanwendung dieser allgemeinen Reflexionen auf das Baugewerbe heißt es dann:

Für unser Baugewerbe hat die Frage noch eine besondere Seite, die sich nicht beleuchten läßt, ohne die technische Entwicklung in unserem Beruf wenigstens kurz zu kennzeichnen. Das Baugewerbe ist in seiner Technik konservativ. Der eigentliche Arbeitsvorgang beim Mauern unterscheidet sich heute noch nicht wesentlich von dem, den wir aus den ältesten Überresten längstverlusterter Kulturperioden kennen. Er hat die Zeit der Sklaverei, die Zeit der Rente und die Zeit des Kapitalismus überdauert, ohne sich anders als im Tempo zu ändern (wenn man von der Anwendung anderer Steinverbände absieht). Die Maschinen- wie die Frauenarbeit hat keinen Eingang gefunden, und es ist auch wohl nicht anzunehmen, daß es ein-

mal geschehen wird, wenn man es auch nicht für alle Zukunft verneinen soll. In dieser Hinsicht hat das Baugewerbe seinen alten Charakter bewahrt. Aber trotzdem ist die neuzeitliche Technik nicht spurlos an ihm vorübergegangen. Auch das Baugewerbe hat dem Prinzip der Arbeitsteilung seinen Tribut zahlen müssen. Es hat Spezialgruppen erhalten, und gar nicht so wenig. Wir haben Rührer, Mischpumper, Stukkatoren (soweit sie Putzarbeiten verrichten), Reger, Klebenleger und andere mehr. Aber die einschneidende Umwandlung hat den Weg nicht über die Arbeitsteilung, sondern über das Material gefunden. Der Beton, und besonders der Eisenbeton, diese schnellwachsenden Kinder der jüngsten Zeit, sind seit etwa zehn Jahren dabei, das Baugewerbe völlig umzugestalten. Der Beton an sich ist allerdings keineswegs erst eine Erfindung der neuesten Zeit, aber seine umfassende Verwendung, und damit seine überragende Bedeutung für das Baugewerbe, ist noch nicht alt. Gegenwärtig wird er in großem Umfange als Baustoff verwendet; man kann fast sagen, daß gar kein größeres Bauwerk mehr entsteht, zu dem nicht der Beton in irgend einer Form beiträgt. Das Treibhaus ist sozusagen vollständig vom Beton erobert worden. Abflusssysteme aller Weiten, Tunnelkörper, Gleisfelder usw. werden aus Beton hergestellt. Wo man früher Tonröhren verwendete, oder wo man zum Ziegeln oder Quadermauerwerk griff, da nimmt man heute den Beton. Gassenanlagen, Brückenbauten, Stromböden, sie werden in Beton hergestellt. Wo früher Millionen Ziegelfeine vermauert wurden, da stampft man heute die graue Masse in die Gruben oder Schalungen. Der Vorzug dieses neuen Baustoffes liegt einmal in seinen geringeren Herstellungskosten, zum anderen aber in der Bequemlichkeit seiner Beschaffung und Verarbeitung. Ziegeln und Quadersteine müssen oft weit hergeholt werden, Reimert aber ist leicht zu transportieren, und dies oder ein Schlag findet man schließlich in jeder Gegend. Für den Hochbau kam der Beton erst dann ernstlich in Betracht, als man ihn armierte, d. h. als man ihn mit Eiseneinlagen verband. Dadurch wurde es möglich, ihm bei geringem Rauminhalt eine größere Druck- und Zugfestigkeit zu geben, und nun konnte er auch im Hochbau verwendet werden. Zuerst geschah es in Amerika; aber bald hatte man auch bei uns die Vorteile der neuen Bauweise erkannt und führte sie gleichfalls im Hochbau ein. Man stellt aus Eisenbeton sowohl Ring- und Scheibewände wie Pfeiler, Balken, Deckungen und alle möglichen Konstruktionsteile her. Es braucht in diesem Zusammenhang nicht erörtert zu werden, ob diese Verwertung des Betons gerechtfertigt ist — wir kennen keine Nachteile für uns, von denen die Erhöhung der Unfallgefahr am meisten fühlbar ist —, wir haben hier nur die Tatsachen zu konstatieren und zu untersuchen, wie sie das Organisationsleben beeinflussen. Das muß man sich vor Augen halten, um so mehr, da sich die Betonbauweise stetig mehr ausbreitet und weitere Gebiete erobert. Schon heute stellt man ganze Gebäude in Beton bzw. Eisenbeton her, und welche Resultate man dabei erzielen kann, zeigt uns das große Krankenhaus in Berlin an der Friedrichstragenpassage, das nahezu vollständig in Beton hergestellt ist. Was der Wohnungsbau aus mancherlei Gründen dem Beton vorzuziehen, vielleicht für immer verschlossen bleiben, die Geschäftshäuser, die Speicher, die Silos werden ihm bald alle verfallen sein.

Was ist nun die Folge dieser neuen Bauweise? Es kommt eine ganz besondere Gruppe von Bauarbeitern auf: die Zementierer, wie man sie genannt hat. Die berufliche Gliederung der Arbeiter, wie wir sie im althergebrachten Baugewerbe als Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter kennen, ist beim Betonbau zum großen Teil aufgehoben. Der sogenannte ungelernete Arbeiter macht das Material und macht es gebrauchsfertig (wenn es nicht von Betonwerkern fertig angeliefert wird), schaffst es an Ort und Stelle, baut die Schalungen für Pfeiler, Träger, Decken usw., stampft die Masse zu festen Gebilden, füllt aus und liefert den Bau sozusagen fertig bis auf den Ausputz. Will und kann der bisherige Maurer nicht müßig stehen, daß ihm in die Hände seiner früheren Arbeit nach dem anderen entnommen wird, so wird er denselben Gang gehen müssen. Er wird versuchen, an der Karre vorbeizukommen; da aber die Ausputzarbeiten nicht ausreichen, alle durch den Betonbau überflüssig gewordenen Maurer zu beschäftigen, so ist es das nächste, daß die Zementierer und Stukkatoren werden und auf diesem Felde mit den „Ungelernten“ in Konkurrenz treten; mindestens bei dem eigentlichen Aufbau des Gebäudes können also „Maurer“ und „Hilfsarbeiter“ in bunter Reihe nebeneinander arbeiten und sich gegenseitig ersetzen.

vernahm er die Segnungen, die das verwaiste Kind auf seine Wohltäter herabschickte, die dadurch mit Frieden und Freude in ihrem Innern belohnt wurden.

Zweihundertstes Kapitel.

Von dem glücklichen Leben, das Oliver bei seinen gütigen Gönnerinnen zu führen anging.

Oliver litt nicht wenig. Zu den Schmerzen der Schußwunde kam noch ein heftiges Fieber, die Folge der Kälte und Nässe, der er nach seiner Verwundung ausgesetzt gewesen war. Er lag mehrere Wochen fest zu Bett, hing indes allmählich an zu genesen und konnte bald unter Tränen mit wenigen Worten antworten, wie tief er die Güte der beiden freundlichen, liebevollen Damen empfand, und wie sehr er wünschte und hoffte, wenn er wieder hergestellt wäre, ihnen die Liebe zu zeigen, die sein Herz erfüllte, ihnen die Überzeugung zu verschaffen, daß sie ihre Güte an keinen unwürdigen verschwendeten, sondern daß der arme verlassene Knabe, den sie vom Elende oder Tode errettet, den glühenden Wunsch hege, ihnen nach all seinen Kräften und mit lautehmenden Freuden zu dienen.

„Armes Kind!“ sagte Rose, als er eines Tages mit bleichen Lippen Worte des Dankes zu sammeln versuchte. „Du sollst viele Gelegenheiten erhalten, uns zu dienen, wenn du willst. Wir geben auf das Land, und meine Tante beabsichtigt, dich mitzunehmen. Die ländliche Ruhe, die reine Luft und die Freuden und Schönheiten des Frühlings werden bald deine gänzliche Genesung bewirken, und wir wollen dir hundert kleine Geschenke austreten, sobald du der Nähe gewachsen bist.“

„Der Mühe!“ sagte Oliver. „Ach, wenn ich nur für Sie arbeiten — Ihnen nur Freude machen könnte, dadurch, daß ich Ihre Blumen begüße, Ihre Vögel füttere, den ganzen Tag hin und wieder für Sie lache, was würde ich darum geben!“

„Du sollst gar nichts darum geben“, versetzte Rose lächelnd, „denn wie ich es dir schon gesagt habe, wir denken dich auf die vielfachste Weise zu beschäftigen, und du wirst mir die größte Freude bereiten, wenn du nur halb so viel tust, wie du jetzt versprichst.“

„Ihnen Freude bereiten — o wie gütig Sie sind!“ rief Oliver aus.

„Du wirst mir mehr Freude bereiten, als ich es dir sagen kann“, versetzte die junge Dame. „Es gewährt mir schon unbeschreibliches Vergnügen, zu denken, daß meine liebe, gute Tante ein Werkzeug in den Händen der Vorsehung gewesen ist, ein Knaben aus einer so entsetzlichen Lage zu erretten, wie du sie uns beschreibst hast; allein zu erfahren, daß ihr kleiner Schützling dankbar und liebevoll gegen sie für ihre Wohltätigkeit und ihr Wohlwollen ist, wird mich weit glücklicher machen, als du es dir vorstellen kannst. Versteht du mich, Oliver?“ fragte sie, Oliver nachdenklich Gesicht betrachtend.

„O ja, ja, ich verstehe Sie wohl; aber ich meine nur, daß ich jetzt undankbar wäre.“

In dem Betonbau werden alle Handwerbertypen verschwinden und in den Betonarbeiter, der je nach seiner Intelligenz und in stetem Wechsel mit der Schaufel, mit Säge und Hammer, dem Stampfer oder dem Glättstein arbeiten muß, aufgehen. Ganz gleich, aus welchen Berufen sie auch stammen mögen, sie alle sind an der Herstellung eines und desselben Produktes beschäftigt, und zwar in einem zusammenhängenden, gar nicht trennbaren Arbeitsprozeß.

Wir greifen wieder zu dem zurück, was wir eingangs hob. Die Erfordernisse der gewerkschaftlichen Aktion auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gefügt haben: Soll der Einfluß der Arbeiter wirksam sein, so muß er sich auf den ganzen Produktionsprozeß erstrecken, und die Aktionen der Arbeiter müssen nach einheitlichen Gesichtspunkten geführt werden. Weidens wird durch den Umstand ersichtbar, daß die Arbeiter in verschiedenen Verbänden organisiert sind. Die durch die Zersplitterung der Arbeiter herbeigeführte Differenzierung der Interessen wirkt aber auch notwendigerweise zersetzend auf die Solidarität.

Selbst bei reichlich vorhandenem guten Willen ist es fast unmöglich, bei der Organisation der Arbeiter Reibungen mit den anderen beteiligten Organisationen zu verhindern. Denn allhergebrachten Unterscheidungsmerkmale werden hier mehr und mehr verwischt. Der Abstand zwischen „gelernten“ und „ungelernten“ Arbeitern verringert sich mehr und mehr, und in demselben Maße, wie dies geschieht, verringert sich die Möglichkeit einer zweifelsfreien Bestimmung über die Zuständigkeit dieser oder jener Organisation. Wenn das bisher nicht so augenfällig war, so ist das lediglich das Verdienst der in Betracht kommenden Organisationen, die bei der Schlichtung etwa auftretender Grenzstreitigkeiten durch gegenseitiges Entgegenkommen stets eine Verständigung herbeiführten. Aber mit dem weiteren Vordringen der Betonbauweise wachsen die Verhältnisse schließlich auch den Leitungen über den Kopf.

Alle diese Umstände weisen auf die Notwendigkeit hin, die Organisationsverhältnisse im Baugewerbe dem veränderten Wesen des Arbeitsprozesses anzupassen. So, wie sich dieser bei dem Vordringen der Betonbauweise mehr und mehr vereinfacht, so müssen auch die daran beteiligten Arbeiter zu einer einheitlichen Organisation drängen. Unter diesen Gesichtspunkten besonders ist die durch den Beschluß des hannoverschen Verbandstages aufgeworfene Frage einer Verschmelzung der beiden größten baugewerblichen Arbeiterverbände, des Verbandes der Bauhilfsarbeiter und unseres Verbandes, zu beurteilen und zu diskutieren. Es ist nach diesen Ausführungen unnötig, zu sagen, daß sich daraus ergibt, die angebahnte Verschmelzung nach Kräften zu fördern.

Es mag dahingestellt bleiben, ob man der Argumentation des „Grundstein“ in allen Einzelheiten folgen kann; auf jeden Fall ist die von ihm beleuchtete Seite der Organisationsfrage sehr wichtig und darf nicht außer acht gelassen werden. Es ist dem „Grundstein“ auch darin zuzustimmen, daß die heutige Gliederung im Organisationswesen der Bauarbeiter ihre materielle Berechtigung verloren hat und daß bei der Anpassung an die gewandelten Verhältnisse die technische Entwicklung gebührend zu berücksichtigen ist.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

19. Sitzung vom Donnerstag, 28. Jan., mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Vereinigung der Städte Saarbrücken, St. Johann und Malsstatt-Burbach zu einer Stadtgemeinde Saarbrücken.

Dr. Maurer (nail.) fragt an, wie es mit dem Wohnungsgeldzuschuß für die Beamten in der neuen Großstadt gehalten werden solle. Nach der neuen Besoldungsordnung ist Saarbrücken um eine Klasse degradiert, St. Johann in derselben geblieben. Da nun die gemeinsame Stadt den Namen Saarbrücken erhält, liege die Vermutung nahe, daß man plane, den Wohnungsgeldzuschuß von Saarbrücken maßgebend sein zu lassen. In der Tat sei aber St. Johann der wirtschaftliche Mittelpunkt.

Ein Regierungskommissar betont, daß es Sache des Reiches resp. des Bundesrates sei, die neue Stadt eventuell in eine andere Wohnungsgeldzuschußklasse zu verlegen.

„Gegen wen denn?“
„Gegen den gütigen Herrn und die gute alte Frau, denen ich so große Wohltaten verdanke, die sich meiner so liebevoll annahmen. Gewiß, sie würden sich freuen, wenn sie es wüßten, wie gut ich es hier habe.“

„Das glaube ich auch, und Mr. Losberne hat schon versprochen, dich mitzunehmen zu ihnen, sobald es deine Kräfte erlauben würden.“

„Hat er das versprochen? O, ich weiß nicht, was ich vor Freude tun werde, wenn ich sie einmal wiedersehe!“

Oliver war nach einiger Zeit hinlänglich wieder hergestellt, um stark genug zu einer Ausfahrt zu sein und fuhr eines Morgens mit Mr. Losberne in Mrs. Maylies Wagen ab. Als sie an die Brücke von Chertsey kamen, erklärte Oliver plötzlich und ohne einen lauten Ausruf der Überraschung und Bestürzung aus.

„Was gibt es?“ rief der Doktor mit seiner gewöhnlichen Lebhaftigkeit. „Siehst du etwas — hörst du etwas — hast du Schmerz — was gibt es?“

„Da, Sir!“ sagte Oliver, aus dem Wagenfenster zeigend. „Da, jenes Haus!“

„Was ist mit dem Hause? Halt, Antifer! — He — was willst du sagen?“

„Die Diebe — im das Haus schleppten sie mich,“ flüsterte Oliver.

„Ist es möglich! Halt, halt, Antifer!“ rief der Doktor, sprang aus dem Wagen, noch ehe derselbe hielt, lief nach dem verödeten aussehenden Hause und fing an wie toll gegen die Tür zu hämmern.

„Zum Teufel, was soll das?“ sagte ein kleiner, häßlicher, buckliger Mann, der die Tür so plötzlich öffnete, daß Losberne fast in das Haus hineingefallen wäre.

„Was das soll?“ rief der Doktor, ihm ohne Umstände beim Kratzen helfend. „Sehr viel soll's. Es handelt sich um Diebstahl und Einbruch.“

„Und es wird sich auch foglich um Mord handeln,“ erwiderte der Bucklige kaltblütig, „wenn Sie nicht foglich von mir ablassen. Hören Sie?“

„Ich höre sehr wohl,“ sagte der Doktor, ihn kräftig schüttelnd. „Wo ist — wie heißt der verwünliche Halunke gleich — ja, Sikes — Sikes, wo ist Sikes?“

Der Bucklige starrte ihn eräutend und wütend an, entsetzte ihn, stieß eine Rute der schrecklichsten Verwünschungen aus und ging in das Haus zurück. Bevor er jedoch die Tür wieder verschließen konnte, führte der Doktor in das nächste Zimmer hinein und blühte forschend umher, allein von allem, was er sah, wollte nichts mit Olivers Beschreibung zusammenstimmen.

„Was soll das bedeuten, daß Sie auf solche Weise in mein Haus eindringen?“ fragte nach einigen Augenblicken der Bucklige, der ihn scharf beobachtet hatte. „Wollen Sie mich bestehlen oder ermorden?“

Oliver Twist.

Von Charles Dickens.

Aus dem Englischen von Julius Seydt.

37

Unter anderen scharfsinnigen Fragen wurde auch die aufgeworfen, ob Mr. Giles wirklich jemand getroffen habe, und als sein zweites Bistot unterzucht wurde, fand sich, daß es nur mit Pulver geladen war, — eine Entdeckung, welche großen Eindruck auf alle machte, den Doktor ausgenommen, der zehn Minuten zuvor die Angel herausgezogen hatte. Den größten Eindruck machte sie aber auf Mr. Giles selbst, der in der schrecklichsten Angst geschwehelt hatte, ein unglückliches Kind verwundet zu haben, und nunmehr nach Kräften die Vermutung begünstigte, daß auch das erste Bistot nur mit Pulver geladen gewesen sei. Endlich entfernten sich Blathers und Duff, ohne sich um Oliver viel zu kümmern, den Konstabler aus Chertsey zurücklassend und unter dem Versprechen, am anderen Morgen wiederzukommen.

Am anderen Morgen verbreitete sich in dem Städtchen, in welchem sie übernachtet, das Gerücht, daß zwei Männer und ein Knabe in der Nacht unter verdächtigen Umständen angehalten und nach Kingston gebracht wären, wobei sich demgemäß Blathers und Duff begaben. Die verdächtigen Umstände (schrumpften indes bei genauerer Nachforschung zu dem einen Umstände zusammen, daß die Delinquenten in einem Heuboden gefesselt hatten, was, obwohl ein großes Verbrechen, doch nur mit Gefängnis bestraft werden kann und in den angedachten Augen des englischen, mit gemeinamer Liebe alle Untertanen umfassenden Gesetze, in Ermangelung aller sonstigen Anzeichen, nicht als ein genügender Beweis gilt, daß der oder die Schläfer gewalttätigen Einbruch begangen haben und deshalb der Todesstrafe verfallen sind. Blathers und Duff lehrten daher gerade so flug zurück, wie sie hingereist waren.

Nach mehreren Verhandlungen ließ sich der nächstwohnende Friedensrichter leicht bewegen, Mrs. Maylies und Mr. Losbernes Bürgschaft zu Olivers Erscheinen vor Gericht anzunehmen, falls er zitiert werden sollte, und Blathers und Duff gingen nachdem sie durch ein paar Guineen belohnt waren, mit geteilten Meinungen nach London zurück, indem der letztere, nach reiflicher Überlegung aller betreffenden Umstände, zu der Annahme hinneigte, daß der Einbruchversuch von der Familie Ret ausgegangen sei, wogegen der erstere ebenso sehr geneigt war, das ganze Verbrechen der Tat dem großen Consten Christweid zuzuschreiben.

Mit Oliver befriedete es sich unter der vereinten sorgfältigen Behandlung und Pflege Mrs. Maylies, Roses und des gütigen Doktors. Wenn glühende Bitten, aus Herzen von Dankbarkeit überfließend, im Himmel erhört werden — und was sind Gebete, wenn der Himmel sie nicht erhört? — so

Abg. Borgmann (Soz.): Der Eingemeindungsvertrag enthält eine Reihe von Punkten, die allgemeines Interesse beanspruchen. Die Tragung der finanziellen Lasten der Durchführung der Eingemeindung wird den beteiligten Gemeinden deshalb leichter werden, weil sie die Verteilung der Steuern eingeleitet haben. Es ist klar, dass wenn eine solche neue Verfassung geschaffen wird, der Wert des Grund und Bodens außerordentlich in die Höhe geht. Die Gemeinden sind zum Zusammenchluss gekommen, weil sie längst so ineinander gewachsen waren, dass es selbst dem Einzelnen nicht möglich war, die Grenzen zu erkennen. Ganz ähnlich liegt es aber auch in anderen kommunalen Gebieten, und ich hoffe, dass die Eingemeindung der Regierung, die ihr in diesem Falle gekommen ist, auch in anderen Fällen, wo die Verhältnisse sich in ganz ähnlicher Weise verhalten, zu Gunsten der Beteiligten sein werden. Ich bin da namentlich an die Berliner Verhältnisse. Auch Berlin mit seinen Vororten stellt zweifellos eine wirtschaftliche Einheit dar. Trotzdem wird die Trennung der einzelnen Gemeinden von Groß-Berlin durch die Regierung künstlich hochgehalten. Wenn man den Gemeinden vorwirft, dass sie die Schuld an dem Anbau dieser Verhältnisse tragen, so muß ich das, namentlich soweit es sich um die maßgebende Gemeinde handelt, mit Entschiedenheit zurückweisen. (Präsident v. Röscher bittet den Redner, bei dieser Gelegenheit nicht auf die Berliner Verhältnisse näher einzugehen.) Ich möchte dann darauf hinweisen, daß ich volles Verständnis dafür hege, daß für das neue Gemeinwesen eine wesentliche Vereinfachung der Verwaltung dadurch herbeigeführt wird, daß an Stelle der drei Verwaltungen jetzt eine einheitliche Verwaltung tritt, ganz so wie bei uns in Berlin. (Seitensitz.) Weiter wird in der Verhandlung mit Recht bemerkt, daß z. B. die Produktion, die Abgabe von Gas, die Schaffung der Wasserzufuhr usw. durch die gemeinsame Verwaltung wesentlich günstiger ausfallen werden kann. Bei nicht einheitlicher Verwaltung kann es vorkommen, daß die größeren Gemeinden den kleineren die Wasserquellen wegnehmen — genau so wie bei uns in Berlin. (Seitensitz.) Ebenso ist die Frage der Kanalisation, des einheitlichen Verkehrs, der Schaffung eines großzügigen Bauplanes durch die Eingemeindung außerordentlich erleichtert. Wenn die Regierung in Saarbrücken und St. Johann so große Einsicht gezeigt hat, so liegt das offenbar daran, daß dort ein einseitiger Diktat der Regierung die Verhandlungen geleitet hat. Es wäre wünschenswert, wenn die Regierung diesen einseitigen Diktat nach Berlin versetzen wollte, damit wir auch hier endlich vorwärts kommen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Caisel (Soz.) erklärt, bei dieser Gelegenheit auf die Berliner Verhältnisse nicht eingehen zu wollen. Der Gesetzentwurf wird hierauf angenommen. Ein Gesetzentwurf, betreffend Abänderung des Gesetzes über die Landesverfassung zu Artikel wird in zweiter Beratung debattiert.

Auf der Tagesordnung steht alsdann die zweite Beratung der Beamtenbefehlungsfrage. Auf Antrag Graf Raschma (Str.), dem sich die übrigen Parteien anschließen, wird die Beratung vorläufig auf eine Stunde vertagt.

Schlus 12½ Uhr. Wiederbeginn 2½ Uhr.

Abg. v. Hennig (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Im allgemeinen Staatsinteresse hat der Senatontent dieses Hauses Einigkeitsbestrebungen eingeleitet, die dahin gehen, daß das Haus zunächst in größerer Einmütigkeit die Verhandlungsordnung in zweiter Lesung behandelt. Daß das Staatsinteresse diese Einigkeit erfordert, ist wohl den meisten Herren dieses Hauses selbstverständlich. Wir haben in eifrigster und langer Arbeit die verschiedenen Interessen der Beamtenkategorien in der Kommission behandelt. Divergenzen in Bezug auf einzelne Gruppen sind natürlich dabei hervorgetreten, aber es mußte der Beamtenwelt gegenüber notwendigerweise gezeigt werden, daß das, was in dieser Sitzung, eingehenden Arbeit geleistet worden ist, auch dem entspricht, was das Haus in seiner Mehrheit für richtig hielt. Die Einigkeitsbestrebungen sind von Erfolg gekrönt worden und gipfeln in folgenden drei Hauptpunkten: Zunächst ist beschlossen worden — und mit Ausnahme der Sozialdemokratie sind sich sämtliche Parteien darin einig —, daß Anträge in zweiter Lesung nur gestellt werden sollen, wenn sie gemeinsam von den Einigungsparlamenten und unterzeichnet worden sind. Zweitens ist auch zwischen der Regierung und den Einigungsparlamenten eine völlige Übereinstimmung erreicht worden, dahingehend, daß das, was nun innerhalb dieses Kompromisses angenommen wird, auch von der Regierung als Grundlage für weitere Verhandlungen der Vorlage im Herrenhaus benutzt wird. Die Regierung hat also die Initiative gegeben, daß sie das, was wir hier aus zweiter Lesung herausgegeben lassen, auch als ihre Meinung vertreten wird, so daß wir die begründete Aussicht haben, daß das, was wir hier geschaffen haben, auch wirklich später Gesetz werden wird. Drittens wollen wir die Behandlung der großen Materie dadurch etwas vereinfachen, daß wir nicht in einzelnen Klassen die Verhandlungsordnung durchsprechen, sondern die ganze Materie in 4 Hauptmaterialien teilen. Die ganze Beamtenwelt steht daraus, daß das Haus als solches als geschlossenes Ganzes mit Ausnahme der Sozialdemokratie auf der Grundlage der neu zu schaffenden Verhandlungsordnung steht, aus der einzelne Wünsche, die hier und da aufgetreten sind, zurückgestellt sind nicht bloß hier, sondern zunächst auch für die Zukunft; denn wir wollen etwas Dauerndes und Ganzes schaffen. — Redner verliest nun die vorgelegene Art der Einteilung der Beratung.

Das Haus tritt diesem Vorschlag ohne Widerspruch bei. Es folgt die Beratung der von der Mehrheit zusammengefaßten ersten Gruppe, welche die Verhandlungsartikeln 1 bis 11 enthält. Sie reicht bis zu den Beamten mit einem Anfangsgehalt von 1650 Mark und einem Endgehalt von 3000 Mark.

„Hast du jemals einen Mann in solcher Absicht aus einer Equipage aussteigen sehen, du lächerliche alte Mißgeburt?“ lautete das reizbare Doktors Gegenfrage.

„Was wollen Sie denn aber sonst?“ fuhr ihn der Budlige an. „Waden Sie sich augenblicklich aus meinem Hause, oder es wird Sie reuen.“

„Ich werde gehen, sobald es mir beliebt,“ sagte Losberne, in das andere Zimmer hineinstehend, das gleichfalls keine Ähnlichkeit mit dem von Oliber beschriebenen hatte, „und will dir schon noch hinter die Schliche kommen!“

„Sol“ hobte der Krüppel. „Wenn Sie mich suchen, ich bin hier zu finden. Ich habe hier nicht als ein Verrückter und ganz allein seit fünfundsiebenzig Jahren gewohnt, um mich von Ihnen hüten zu lassen. Sie sollen mir dafür büßen, sollen mir dafür büßen!“

Der mißgünstigste kleine Dämon fing darauf an, auf das schrecklichste und ungeschickteste zu schreien und zu toben, der Doktor murmelte vor sich hin: „Dumme Geschicht! Der Knabe muß sich geirrt haben,“ warf dem Budligen ein Stück Geld zu und schreie zu dem Wagen zurück. Der Budlige folgte ihm unter beständigen Schimpfen und Verwünschungen, sah, während Losberne dem Knaben ein paar Worte sagte, in den Wagen hüpfen und warf Oliber einen so grimmigen, stehenden, nachsichtigen und gütigen Blick zu, daß ihn der kleine Resonanzszenen monatelang wachend oder schlafend nicht wieder vergessen konnte. Losberne lag ein, und sie fuhren ab, hörten aber den Budligen noch lange schreien und toben, der sich vor Wut schäumend das Haar zerzauste, mit den Füßen stampfte und ganz außer sich zu sein schien.

„Ich bin ein Fiell!“ sagte der Doktor nach einem langen Stillstehen. „Sagst du das schon gewußt, Oliber?“

„Nein, Sir.“

„Dann verzieh es ein anderes Mal nicht. — Selbst wenn es das Haus war,“ fuhr er nach einer abermaligen Pause fort, „und die Dämonen darin gewesen wären — was hätte ich als einzelner tun können? Und hätte ich Leistan gehabt, so wäre auch nichts weiter dabei herausgekommen, als daß meine Vorentscheidung und die Weise fund geworden, wie ich den unangenehmen Handel zu vertuschen gesucht. Es wäre mir freilich gerade recht gewesen, und ich würde nicht bummer danach geworden sein, denn ich bringe mich selbst in eine Patsche nach der andern, indem ich immer bloß nach den fatalen Eindrücken des Augenblicks handle.“ (Fortsetzung folgt.)

In Verbindung damit wird die Frage der Militärantenwörter behandelt und folgender Antrag der Kommission: „Die Regierung möge baldigst eine Neuordnung der Verhältnisse der Militärantenwörter vorlegen, bei welcher die Wünsche der Militärantenwörter nach Möglichkeit berücksichtigt werden.“ Ferner gehören hierzu einige Anträge des

Abg. Borgmann (Soz.). Danach sollen die Gehaltsstufen der Klasse 1 statt auf 1100 Mark bis 1800 Mark auf 1100 Mark bis 1400 Mark festgesetzt werden. Ferner sollen die Klassen 2a bis 3b, die nach den Kommissionsbeschlüssen Gehaltsstufen von 1100 Mark bis 1500 Mark und von 1100 Mark bis 1600 Mark umfassen, zu einer Klasse 2 mit 1200 Mark bis 1800 Mark zusammengefaßt werden. Und endlich sollen die Gehaltsstufen der Klasse 4 statt auf 1200 Mark bis 1700 Mark auf 1300 Mark bis 1800 Mark festgesetzt werden.

Abg. Duchs (Soz.): Die Beschlüsse der Kommission sind schon mit 4 Millionen über die Regierungsvorlage hinausgegangen. Die Anträge der Sozialdemokraten aber würden noch 6 Millionen mehr erfordern. Sie haben offenbar nur agitatorischen Charakter. (Sehr wahr! rechts.) Wenn wir auch bedauern, daß im einzelnen, z. B. bei den Hörtern, nicht mehr zu erzielen war, so begreifen wir es doch mit Freude, daß es zu einem einseitigen Beschluß aller bürgerlichen Parteien kommt. Den Anträgen der Kommission stehen wir sympathisch gegenüber. (Bravo! rechts.)

Finanzminister v. Rheinbaben geht auf die Frage der Militärantenwörter ein. Es handelt sich dabei darum, eine Lösung zu finden, die in ihrem Wohlwollen für die Militärantenwörter nicht den Zivilanten Grund zur Beschwerde gibt. Ein Anrechnen eines Teiles der Militärdienstzeit ist dann ein Gebot der Billigkeit, wenn Militärdienstzeit plus der Vorbereitung im Zivildienst die Militärantenwörter erst so spät zur selbständigen Anstellung kommen läßt, daß sie wesentlich hinter ihren Kollegen aus dem Zivildienst zurückbleiben.

Die beschlossene Neuordnung erfordert 3 Millionen Mark, aber wir dürfen vor dieser Regelung nicht zurückweichen. Für Militärantenwörter, die 6 Jahre gedient haben, ist danach bei der ersten eintägigen Anstellung, soweit die Militärdienstzeit plus Vorbereitungszeit im Zivildienst 12 Jahre übersteigt, die Militärdienstzeit bis zu 3 Jahren mindestens mit einem Jahr, und soweit jene Zeit 12 Jahre nicht übersteigt, mit einem Jahr auf das Verordnungsgehaltjahr angerechnet. Diese Bestimmung erhält rückwirkende Kraft bis 1892. — Die vollkommene Übereinstimmung der Parteien ist ein außerordentlich erfreuliches Ergebnis. Davon weichen nur ab die Anträge der Herren Sozialdemokraten. Wer den Beamten eine Wohlthat erweisen will, muß sich auf den Boden des Erreichbaren, des Möglichen stellen. (Bravo! b. d. Mehrheit.) Nicht Anträge stellen, welche von vornherein unannehmbar sind, und die offenbar — nur ein geistiges Material zur Agitation — in der Presse bieten sollen. (Sehr richtig! b. d. Mehrheit.) Ihre Verwirklichung würde 17 Millionen Mark mehr als die Regierungsvorlage und 12 Millionen Mark mehr als die Beschlüsse der Kommission erfordern. (Hört, hört! rechts.) Die Gehälter der Klasse 1 sind schon nach der Vorlage im Anfangs- und Endgehalt um 200 Mk. angehoben, nach dem Kommissionsbeschlusse sogar um 300 Mk., wenn noch die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses kommt. Das Ziel der Vorlage, Ruhe in der Beamtenfrage zu erzielen, wird am meisten dadurch gefördert werden, daß es sich hier um ein einheitliches Wort der gesamten bürgerlichen Parteien handelt. (Bravo!) Selbstverständlich ist, daß die Regierung für die Beschlüsse des Kompromisses auch im Herrenhaus eintritt. Wenn die Vorlage so in das Land hinausgeht, so hat sich die Sozialdemokratie und das Haus einen dauernden Dank um das Vaterland erworben. (Bravo!)

Abg. Büchtemann (Fr. Sp.): Wir haben, im Gegensatz zu den Rechten, nur nach Überwindung sehr großer Bedenken zum Kompromiß zugestimmt. Die Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung, wie sie durch eine einheitliche Wirtschaftspolitik hervorgerufen worden ist (Unruhe rechts), kann jedenfalls für die Unterbeamten durch die hier vorgesehene Gehaltserhöhung nicht ausgeglichen werden. Die Gehälter des Kompromisses können diesen Beamten nur den notdürftigsten Lebensunterhalt gewähren. Besonders bedauerlich ist, daß infolge des Widerstands der Regierung die Vollmündigkeit nicht aufgeweckt werden konnten. Wir empfinden es auch als unbedeutend, daß die technischen Beamten gegenüber den Verwaltungsbeamten immer noch zurückgesetzt sind. (Sehr wahr! links.)

Abg. Kewoldt (Fr.): Ich hoffe, daß infolge des einmütigen Beschlusses der bürgerlichen Parteien in Zukunft die unangenehme Art des Kampfes ausgeschlossen wird, daß einzelne Parteien sich gegenseitig vorwerfen, daß sie ein besseres Herz für die Beamten hätten, sondern daß wir, nachdem diese Schlacht geschlagen ist, einen völligen Treue der (Gottesfrieden) machen. (Bravo!) Das Erreichbare glauben wir erreicht zu haben. Wir waren genötigt, nicht nur auf die Forderungen der Beamten zu sehen, sondern auch darauf, was uns erwerbende Klasse zu tragen konnte. (Sehr richtig! rechts.) Von einer Art des Lebens, von der der Herr Redner sprach, kann bei den Beamten nicht die Rede sein, die für ihr Alter geschickt sind. Die Not des Lebens trifft ganz andere Kreise der Bevölkerung. (Sehr richtig!) Das Entgegenkommen in Bezug auf die Militärantenwörter begreifen wir und hoffen, daß diese Grundfrage auch in anderen Bundesstaaten und auch im Reich Nachfolge finden werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Keltajohn (Fr. Sp.): Der Schwerpunkt der Verhandlungsordnung liegt bei den unteren Beamten. Diese trifft die Not der Zeit, die ich doch trotz der Ausführungen des Herrn Redners als vorhanden ansehen möchte, zweifellos am meisten. Nur der Kostenpunkt hat uns hier Beschränkungen auferlegt. Aus diesem Grunde können wir auch die sozialdemokratischen Anträge, die wir so zum Teil selbst in der Kommission gestellt haben, hier nicht annehmen. Bei Kompromissen muß eben jeder Teil etwas nachgeben.

Abg. König (Str.): Dundertausende von Beamten und Familien sehen heute auf unsere Beschlüsse und erwarten von uns, daß wir ihre schwere wirtschaftliche Lage erleichtern. Die monatlichen antretenden Verhandlungen der Kommission beweisen, daß wir ernstlich und gewissenhaft geprüft haben, wie weit wir diese Hilfe gewähren können. Wenn wir nun zu einer Einigung aller bürgerlichen Parteien gekommen sind, so haben insbesondere meine Freunde dabei große Opfer bringen müssen. Aber das Kompromiß hat so schwerwiegende Folgen, daß wir glauben, trotz unserer ernstlichen Bedenken ihm beitreten zu müssen. Bei einem so wichtigen entscheidenden Werke dürfen nicht Parteirücksichten maßgebend sein. Wir glauben, daß der besonnen urteilende Teil der Beamenschaft auch einsehen wird, daß wir ihm alles das ausgebilligt haben, was nach Lage der Verhältnisse zu erreichen war. — Redner geht des weiteren ausführlich auf die Anträge des Senats in der Kommission ein und verlangt von der Regierung eine bestimmte Erklärung darüber, ob jeder Unterbeamte um 100 Mk., jeder mit 1000 Mark um 150 Mk. gegen den Zustand von 1907 aufgewertet worden ist.

Unterstaatssekretär Dombois legt dar, daß alle Unterbeamten um mindestens 100, alle mittleren um mindestens 150 Mark gegen den Zustand von 1906 aufgewertet werden.

Abg. Schröder (Soz.): Auch uns ist die Zustimmung zum Kompromiß sehr schwer geworden. (Lachen b. d. Soz.) Es liegt eben im Wesen des Kompromisses, daß alle Parteien Opfer bringen müssen. Die 17 Millionen mehr würden wir den Beamten eben so gern bewilligen wie die Sozialdemokraten; aber wer die Verhandlungen über die Bedungsfrage verlor, hat, wie ich schon vorhin sagte, die nötigen Mittel für den Kompromiß aufzubringen. Auch wir erwarten, daß nun endlich Verabstimmung in den Beamtenkreisen eintritt.

Abg. Hirsch (Soz.): Meine Freunde haben es nicht nötig, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen. (Lachen b. d. Soz.) (Lachen rechts; Sehr gut! b. d. Soz.) Den Beamten wäre es lieber gewesen, Sie hätten es nicht bei den Worten bewenden lassen, sondern hätten ihnen auch die Taten folgen lassen. Es ist ja keine angenehme Aufgabe, als letzter Redner Anträge zu begründen, die bereits von der Regierung und allen Parteien abgelehnt sind. Trotzdem halte ich es für notwendig, darauf einzugehen, weil wir überzeugt sind, daß die Beschlüsse des Kompromisses nicht genügen, um den Beamten einen angemessenen

Lebensunterhalt zu gewährleisten. Das Kompromiß ist zustande gekommen auf Kosten der schlecht bezahltesten Beamten. Es kann keine Frage davon sein, daß unsere Anträge aus agitatorischen Gründen gestellt sind. Ich bedauere, daß nicht nur Mitglieder des Hauses, sondern auch der Vertreter der Regierung uns solche Motive untergeschoben haben. Sie sollten wissen, daß wir mit einer Agitation unter den Beamten schon um deswillen nichts ausrichten könnten, weil die Beamten, die sich zu uns bekennen, doch entlassen würden. Wir haben nur beantragt, was leicht auszuführen ist. Sie könnten uns höchstens den Vorwurf machen, daß wir zu bescheiden gewesen sind. (Lachen rechts.) Man laßt unsere Anträge erfordern zu viel Mittel. Die Summe von 17 Millionen hört sich gewiß groß an, aber Sie vergleichen, daß über 100 000 Beamte dabei in Betracht kommen. Es ist richtig, daß die Kommission über die Regierungsvorlage hinausgegangen ist, und daß das Gehalt der allerhöchsten entloopten Beamten gegen früher schon teilweise um 300 Mk. aufgewertet wird. Aber wir sind eben der Meinung, daß dies, entsprechend den heutigen Lebensverhältnissen, bei den untersten Beamten nicht genügt. In der Tat sind auch die Hoffnungen, namentlich der unteren Beamten, schwer enttäuscht. Wir haben schweren Herzens darauf verzichtet, den untersten Klassen das Anfangsgehalt zu erhöhen, sondern wünschen nur eine Erhöhung des Endgehalts um 100 Mk., damit Preußen wenigstens nicht allzu sehr hinter Bayern zurückbleibt. Die Beamten der Klasse 1 beziehen dazu kommt ein Wohnungsgeldzuschuß von durchschnittlich 300 Mk. Bayern dagegen hat ein Anfangsgehalt für Beamten von 1500 und ein Endgehalt von 1700 Mark. Dazu kommt, daß die Staatsarbeiter nicht das Koalitionsrecht haben und auch infolge des unerhörten Terrorismus der Regierung nicht von ihrem Wahlrecht freien Gebrauch machen können. Der Herr Finanzminister hat den Beamten, die von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch gemacht haben, agitatorisches Vorgehen vorgeworfen. Aber die Petitionen der Beamten liegen vor, darin keine Begründungen für einen solchen Vorwurf finden. Im übrigen kann ich es den Beamten auch nicht übelnehmen, wenn sie sich einmal im Ton verheben, daß kommt ja sogar hier im Hause bei hohen Beamten vor. Ich erinnere Sie daran, daß der Herr Minister, ohne uns gehört zu haben, unsere Anträge als agitatorisch bezeichnet hat. Mein, unsere Anträge sind aus rein sachlichen Gründen gestellt. Sie haben ja selbst zugegeben, daß Sie zu: Teil, unsere Anträge in der Kommission selbst eingebracht haben. Sind sie denn nur agitatorisch, wenn sie von uns gestellt werden? (Sehr gut! b. d. Soz.) Was die Petitionen der Beamten anbetrifft, so petitionieren sie doch nicht zum Vergnügen, sondern um ihrer Familien willen. Mit 1100 Mk. sollen die Beamten ihre Familien ernähren, ihre Kinder in die Schule schicken usw. Was Bayern kann, das sollte doch der größte Staat, Preußen, können. Hier haben Sie Gelegenheit, zu zeigen, daß Preußen wirklich nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Welt vorangeht. Was für die Stellung der Mehrheit maßgebend ist, ja in der Kommission deutlich gesagt worden. Es ist die Rücksicht auf die Industrie. Sie fürchten, daß, wenn Sie den Beamten auskömmliche Gehälter geben, dann die Industrie, Arbeiter, vielleicht auch die Landarbeiter, mit Vernunft darauf höhere Lohnforderungen stellen würden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Anstatt den Privatunternehmern mit autem Beispiel voranzugehen, vorzuthaten Sie den unteren Beamten mit Rücksicht auf die Unternehmung in der Industrie die durchaus notwendige Erhöhung ihrer Lebenshaltung. Man laßt, das wertvolle Volk kann eine höhere Belastung nicht vertragen. Aber es handelt sich gar nicht um die Belastung des wertvollen Volkes, sondern um die der Beamten. Glauben Sie wirklich, daß es so schwer wäre, aus den großen Vermögen noch die 17 Millionen aufzubringen? Wenn Sie den guten Willen dazu hätten, wäre das eine Kleinigkeit. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sie brauchen ja nur die Vermögenssteuer ein wenig, vielleicht um ¼ Prozent, zu erhöhen. Für Sparamkeit sind wir auch, aber für Sparamkeit am rechten Ort und nicht bei den Gehältern der schlecht bezahltesten Beamten. Wenn unsere Anträge abgelehnt werden, so haben Sie kein Recht mehr, davon zu reden, daß die Staatsbetriebe mangelhaft sind. (Bravo! b. d. Soz.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. In der Abstimmung werden unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Beschlüsse der Kommission zur ersten Gruppe angenommen. Nur über eine Position wird die Abstimmung noch ausgesetzt, da noch ein Kompromißantrag in Bezug auf die Kanzleibediensteten des Abgeordnetenhauses eingebracht ist. Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt. Schlus 6 Uhr.

Standesamts-Nachrichten.

Amt Ennigloh Vom 1. bis 15. Januar:
Geburten: Ehepaar: Sig. Arbeiter Friedrich Rott, Südlengern; Sig. Arbeiter Ottomar Fritzsche, Südlengern; Kolon Herr Krone, Dünne; Tagel. Friedr. Kröger, Südlengern; Heider Wilh. Brüggenmeier, Südlengern; Viehhändler August Garbrot, Sunnebrod; Handarb. Heint. Weber, Werfen; Sig. Arbeiter Herrn. Niedenschafer, Ennigloh; Sig. Sortierer Herr. Weber, Ennigloh; Sig. Arbeiter Heinrich Gabel, Spradow; Handarbeiter Heint. Körner, Ennigloh; Pfahlerer Wilhelm Kusenberg, Spradow; Seindruder Wilh. Lübbling, Ennigloh; Fabrikarbeiter Aug. Breitenlamp, Spradow.
Töchter: Lagerarbeiter Wilh. Rinte, Ennigloh; Wahnarb. Ernst Schüde, Ennigloh; Kohlenhändler Heint. Petersmeier, Wile; Sig. Arbeiter Herrn. Wudde, Sunnebrod; Geuerling Heint. Wrotmann, Dünne; Wahnarb. Friedr. Ober-Engelmeier, Spradow; Tagelöhner Friedr. Silkebrand, Hüffen; Wertmeister Kaspar Krämer, Ennigloh; Tagelöhner Kaspar Berger, Südlengern; Sig. Arbeiter Friedr. Ködler, Döljen; Schuhmacher Karl Ortmann, Döljen; Kistenarbeiter August Brodmann, Sunnebrod.

Aufgebote: Sig. Arbeiter Wilh. Brodmann, Südlengern, und Sig. Arbeiterin Friederike Künlemer, Südlengern; Fabrikarbeiter Heint. Diemeier, Ennigloh, und gewerbl. Wilhelm Daddewig, Stodhausen; Ackergehilfe Herrn. Sempe, Werfen, und gewerbl. Luise Wippersteg, Werfen.

Eheschließungen: Sig. Arbeiter August Tödtmann, Dünne, und Sig. Arbeiterin Luise Westerbalt, Dünne; Landwirt Wilh. Schmidt, Hapel, und gewerbl. Johanne Koring, Hüffen.
Sterbefälle: Sig. Arbeiter Kaspar Heinrich Dörmeier, Ennigloh, 33 J.; Martha Marie Wilhelmine Rinte, Ennigloh, 3 J.; Katharine Wilhelmine Frida Braumann, 10 J.; Hedwig Ilse Schabierowitz, Ennigloh, 4 J.; Heinrich Hermann Heint. Wahnarb. Sunnebrod, 7 J.; Rentner Johann Christian Ullrichbauer, Sunnebrod, 78 J.; Heinrich Hermann Widdard, Döljen, 74 J.; Sig. Arbeiter Johann Friedrich Krämer, Wile, 49 J.; Luise Friederike Johanne Eble, Sunnebrod, 15 J.; Sig. Arbeiter August Friedrich Kindermann, Dünne, 53 J.; Wilh. Körner, Ennigloh, 1½ Stunde; Marie Johanne Storf, Südlengern, 22 J.; Maurer Johann Heinrich Nobbe, Muccum, 58 J.; Ww. Niedermöller geb. Nobbe, Ennigloh, 62 J.; eine Totgeburt.

Amt Eger. In der Zeit vom 15. bis 21. Januar 1909 sind beim hiesigen Standesamt angezeigt:

Geburten. Ehepaar: Hegelearbeiter Hermann Nottelmann, Eger; Sigarenarbeiter Heinrich Nischath, Herringshausen.
Töchter: Gastwirt Wilhelm Tischer, Weienmann; Lagerarbeiter Peter Oberhaus, Westrenger; Maurer Heinrich Dillinghoff, Herringshausen.

Aufgebote. Metzlarbeiter Werner Krenzlamp, Dortmund, und Dienstmagd Auguste Platte, Eger; Sigarenarbeiter Julius Weine, Dödinghausen, und Sigarenarbeiterin Luise Einbemer, Weienmann.

Sterbefälle. Heinrich Wilhelm Nottelmann, 1½ Std., Eger; Sigarenarbeiterin Anne Marie Johanne Kleinmann, 23 J., Weste-Steinbe; Witwe Anna Marie Alsbach Bräuner geb. Vollmer, 66 J., Eger; Witwe Anna Karoline v. Kerner geb. Kuhlmann, 23 J., Drogen.